

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



IMMER WIEDER?
EXTREME RECHTE UND GEGENWEHR IN BERLIN SEIT 1945
Eine Wanderausstellung

INHALT

- 2 Editorial**
Christoph Kreuzmüller
- 4 Die Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde.
Ein polnisches Krankenhaus erinnert ohne Hilfe aus Deutschland an Opfer der NS-Krankenmorde**
Robert Parzer
- 10 „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“.
Ein Zwischenbericht zur Wanderausstellung**
Cornelia Siebeck
- 12 Die extreme Rechte als Normalfall?
Der dritte „Salon“ des Aktiven Museums fragte nach Leerstellen in der zeitgeschichtlichen Forschung
und in der Erinnerungskultur**
Astrid Homann
- 16 Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung der deutschen Sinti und Roma.
Eine neue Informations- und Gedenkstele im Bezirk Steglitz-Zehlendorf**
Annegret Ehmann
- 19 Der Platz des 23. August.
Die Neugestaltung des Steinplatzes als Revitalisierung des Totalitarismus-Gedenkens?**
Eike Stegen
- 26 November 1938: Geschichte in ihrer Vielschichtigkeit erzählen**
Özlem Kaya
- 30 Peter Zadek.
Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ am 20. Mai 2019
in der Offenbacher Straße 24**
Elisabeth Plessen
- 31 Publikationen des Aktiven Museums**
- 32 Impressum**

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Die Antwort des Bezirksbürgermeisters war unmissverständlich: Martin Hikel wies die Anfrage der AfD-Fraktion in der BVV Neukölln entschieden zurück, die sich gegen die vom Aktiven Museum mitinitiierte und im Rathaus Neukölln gezeigte Ausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“ richtete und deren Abbau verlangte. Er betonte im Gegenteil, dass in Neukölln seit Sommer letzten Jahres eine rechtsextreme Anschlagserie stattfindet. Deshalb sei es wichtig, eine solche Ausstellung zu zeigen. Schließlich solle vom Rathaus an der Karl-Marx-Straße die Botschaft ausgehen, dass Hass und Gewalt keinen Platz in Neukölln hätten. Im Übrigen weise

Ganz unbestreitbar gibt es ja die in der Ausstellung dargestellten Verbindungen von Mitgliedern der AfD zu gewaltbereiten Rechtsextremen. Ebenso unbestreitbar ist die von AfD-Mitgliedern mit verbreitete Verachtung und Verächtlichmachung Andersdenkender auch Nährboden für politischen Mord. Das müssen wir immer wieder schmerzlich erleben.

Die von der AfD attackierte Ausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“ hat inzwischen, wie Cornelia Siebeck noch einmal Revue passieren lässt, nach der Zionskirche und dem Rathaus Neukölln im August Bebel Institut ihre dritte Station absolviert. Ab Semesterbeginn Mitte Oktober wird sie dann im Hauptgebäude der Technischen Universität zu sehen sein.



er die „nicht belegte Unterstellung zurück, bei den Urhebern der Ausstellung handele es sich um ‚linksextremistischen Organisationen‘ nahestehende Vereine. Ich hoffe, es geht Ihnen dabei nicht um die namentliche Bezeichnung [...]. Denn Antifaschismus, also die Ablehnung von Faschismus, von Rechtsextremismus und von rechtsextremem Terror, ist Kerngedanke unserer Demokratie.“ Einige Wochen später bestätigte dann das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die zwischenzeitliche Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts, das Zeigen der Ausstellung im Rathaus Neukölln verstoße nicht gegen das Neutralitätsgebot. Die Beschwerdeverfahrenskosten habe der Antragsteller zu tragen, also der Berliner Landesverband der AfD.

Warum rechtsextremistische Gewalt nach 1945 von der zeitgeschichtlichen Forschung allzu lange allzu nachlässig behandelt wurde, wurde in unserem Frühlingssalon diskutiert, über den unser Vorstandsmitglied Astrid Homann berichtet.

Vor dem Hintergrund der Neugestaltung des Platzes analysiert Eike Stegen, mein Kollege in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, die Geschichte der Gedenksteine am Charlottenburger Steinplatz. Dort stehen zwei Steine für die Opfer des Stalinismus und des Nationalsozialismus nun in scheinbar trauer – brüchiger – Gemeinsamkeit.

Auch Annegret Ehmanns Bericht gehört dem Themenfeld „Erinnern im Stadtraum“ an: Sie war eine der Initiatorinnen der Steglitz-Zehlendorfer Regionalgeschichtlichen Informationsstele zur „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle“.

Özlem Kaya, Projektkoordinatorin des 2011 in Istanbul gegründeten Truth Justice Memory Centers Hafıza Merkezi, widmet sich in ihrem Beitrag den türkischen Reaktionen auf die Novemberpogrome 1938.

Wir freuen uns auch sehr, Elisabeth Plessens persönliche Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ für Peter Zadek abdrucken zu dürfen!



Eher in die Zukunft blickt ein Bericht, um den wir Robert Parzer gebeten hatten. Auf der Grundlage langjähriger intensiver Forschungen gibt er einen Überblick über die weithin unbekannte Geschichte des „Krankenhauses für Nerven- und psychisch Kranke“ im ehemaligen Meseritz-Obrawalde – heute Międzyrzecz in der Wojewodschaft Lubuskie. In diese Anstalt wurden ab 1939 viele Menschen aus Berlin verlegt – und von dort in den Tod geschickt oder (ab 1942) direkt vor Ort ermordet. Der Vorstand würde gern ein Dokumentations- und Ausstellungsprojekt zu dieser fast vergessenen Tötungsanstalt ins Leben rufen. Sehr schön wäre es, wenn sich aus dem Kreis der Mitglieder Interessierte für eine Arbeitsgruppe finden würden!

Selbstverständlich würde das Projekt mit den einschlägigen Berliner, aber eben auch den polnischen Institutionen kooperieren und könnte damit einen kleinen Beitrag zu einer grenzübergreifenden europäischen Erinnerung leisten, die mir sehr am Herzen liegt. Vor diesem Hintergrund bin ich besonders froh, dass unsere im Centrum Judaicum so erfolgreich präsentierte Ausstellung zur „Polenaktion“ Ende Oktober 1938 in Berlin nun ab dem 30. August noch einmal einige Monate lang im Jüdischen Historischen Institut (ŽIH) in Warschau gezeigt werden wird.

Und auch schon einmal zum Vormerken: Am Dienstag, den 17. September 2019 wird unsere diesjährige Mitgliederversammlung stattfinden. Ich freue mich auf Euer und Ihr Kommen!

Christoph Kreuzmüller
Vorsitzender

DIE LANDESHEILANSTALT MESERITZ-OBRAWALDE

Ein polnisches Krankenhaus erinnert ohne Hilfe aus Deutschland an Opfer der NS-Krankenmorde

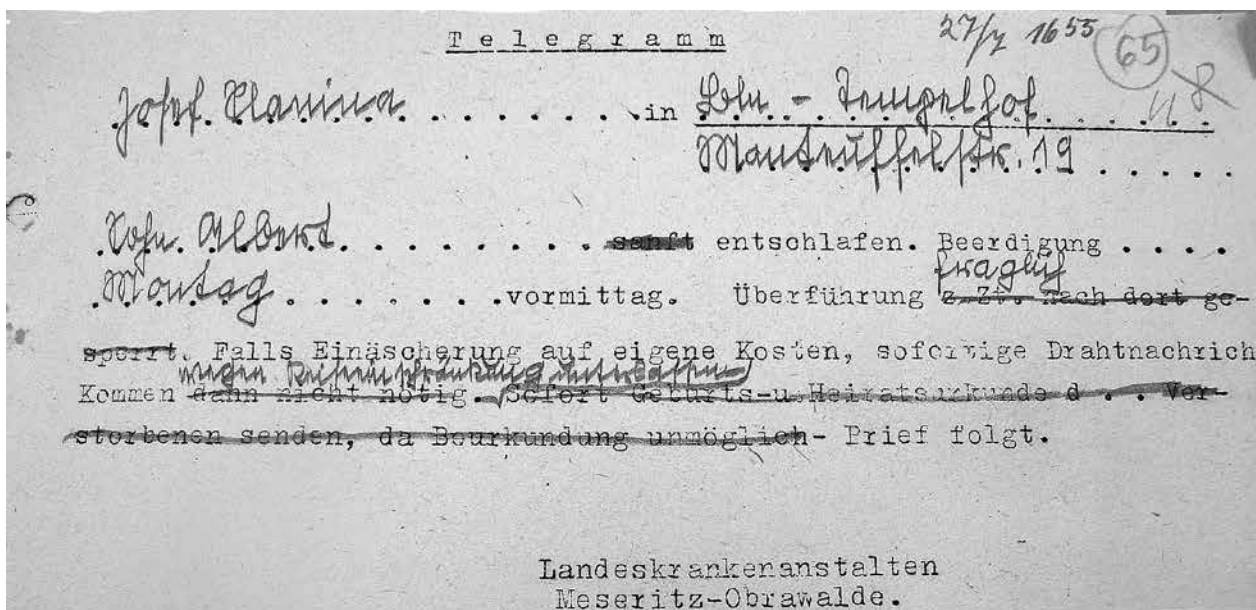
Das „Krankenhaus für Nerven- und psychisch Kranke“ in Międzyrzecz in der Wojewodschaft Lubuskie, ist heute eine Einrichtung, die im Umgang mit der Geschichte der von Deutschen von 1942 bis 1945 begangenen Krankenmorde auf sich alleine gestellt ist. Ohne jede finanzielle Unterstützung von deutscher Seite versucht man, der Opfer würdig zu gedenken, Angehörige und andere Interessierte zu betreuen, den riesigen Anstaltsfriedhof zu pflegen und eine Ausstellung zur Geschichte der Krankenmorde vor Ort zu erhalten. Dies alles wohlgermerkt neben dem laufenden unterfinanzierten Krankenhausbetrieb. Vor einigen Jahren scheiterte ein Antrag auf Bewilligung von Fördermitteln aus einem Topf der Europäischen

Union, der die Einrichtung eines Museums mit einer zeitgemäßen Ausstellung zum Ziel hatte, daran, dass das Klinikum nicht die erforderlichen Eigenmittel aufbringen konnte.

Die „Provincial-Irrenanstalt Obrawalde bei Meseritz“ wurde 1904 als vierte derartige Einrichtung der Provinz Posen eröffnet. Damit ist sie ein Beispiel für die in Preußen typische Art der Fürsorge für „Geisteskranke“, die den selbst verwalteten Provinzialverbänden oblag. Die Anstalt lag – und liegt nach wie vor – auf dem 114 Hektar großen Gelände eines ehemaligen Gutes etwas außerhalb der Stadt. 1922 kam sie im Zuge der Umorganisation der preußischen Ostprovinzen nach den durch den Versailler Vertrag bestimmten Gebietsabtretungen an Polen zur neu geschaffenen Provinz „Grenzmark Posen-Westpreußen“. Da sie für diese Provinz als rein psychiatrisches Krankenhaus überdimensioniert war, kamen andere medizinische Abteilungen hinzu. 1938 wurde die Provinz aufgelöst. Meseritz kam territorial zu Brandenburg, die Anstalt wurde jedoch administrativ dem Provinzialverband Pommern zugeschlagen.



Eingang zum Psychiatrischen Krankenhaus in Międzyrzecz-Obrzyce, 2018.



Telegramm aus den „Landeskrankenanstalten Meseritz-Obrawalde“ an den Vater von Albert Slanina, der dort 1943 ermordet wurde.

Im Nationalsozialismus war die Selbstverwaltung stark eingeschränkt und durch das Führerprinzip ersetzt worden, sie wurde im Sinne der NS-Ideologie umorganisiert. In der Provinz bestanden eine Reihe von Besserungs-, Pflege- und Siechenheimen sowie Anstalten für Geisteskranke und für Taubstumme, zu denen Meseritz-Obrawalde als moderne und gut ausgestattete Krankenanstalt dazukam. Sie bestand aus acht Abteilungen, die neben der Heil- und Pflegeanstalt ein breites Spektrum an medizinischen Dienstleistungen, darunter auch eine orthopädische und eine Frauenklinik bereitstellte. Im März 1939 gab es in der Verwaltungsebene der Provinz Diskussionen über die Zukunft der Einrichtung in Meseritz-Obrawalde. Im Sommer 1939 kam ein Vertrag mit der Stadt Berlin zustande, der die Belegung der gesamten Anstalt mit „Geisteskranken“ aus der Hauptstadt möglich machte, woraufhin alle anderen Abteilungen geschlossen wurden. Mehrere andere Provinzialanstalten wurden mit Beginn des Zweiten Weltkrieges liquidiert, viele Insassinnen und Insassen in die neu eroberten Gaue Wartheland und Danzig-Westpreußen deportiert und dort von Einsatz- und Sonderkommandos umgebracht. Bis Ende 1941 wurden so knapp 4000 Betten frei. Insgesamt fielen dieser Aktion, an der auch der spätere

Direktor von Meseritz, Walther Grabowski, mitwirkte, rund 10.000 Patientinnen und Patienten zum Opfer. Wie viele davon aus Meseritz stammten, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Auch im Zuge der „Aktion T4“ wurden Kranke aus Meseritz erfasst und getötet. Ab 1942 wurde Meseritz unter Führung des als „wirtschaftlichen Direktors“ eingesetzten NS-Multifunktionsars Grabowski Teil der dezentralen „Euthanasie“. Ein Merkmal dieser Umfunktionierung war die Kürzung der Arztstellen auf drei, von denen zwei ausschließlich für den Krankentod zuständig waren.

Die Tötungen begannen im Sommer 1942 in speziell dafür eingerichteten Sterbezimmern, in denen Pflegerinnen und Pfleger tödliche Medikamentendosen verabreichten. Eine Besonderheit der Anstalt Meseritz-Obrawalde war die maximale Ausnutzung der Arbeitskraft der Kranken in der Landwirtschaft, in Werkstätten und in Industriebetrieben. Die insgesamt mutmaßlich etwa 10.000 Ermordeten wurden meist in Massengräbern auf dem Friedhof der Anstalt vergraben oder in einem Krematorium in Frankfurt/Oder verbrannt. Kurz vor dem Ende des Krieges begann man damit, ein Krematorium auf dem Anstaltsgelände zu errichten; dieser Bau wurde jedoch nicht mehr vollendet.

Gedenken

Nach der Befreiung der Anstalt im Januar 1945 wurden die noch lebenden Patientinnen und Patienten bis 1948 nach Deutschland überführt. In dem nun im Staatsgebiet Polens liegenden psychiatrischen Krankenhaus setzte die Betreuung und Heilung psychisch kranker Menschen bereits mit der Befreiung ein. Die gewaltigen Aufgaben der Reorganisation, die Mühen, geeignetes Arzt- und Pflegepersonal zu finden und der Wiederaufbau einiger bei Kriegshandlungen zerstörter Anstaltsgebäude nahmen bis weit in die 1950er-Jahre alle Kräfte in Anspruch.

1966 wurde ein Denkmal am Anstaltsfriedhof eingeweiht, 1973 eine Ausstellung im Verwaltungsgebäude des Krankenhauses der Öffentlichkeit übergeben. Diese Ausstellung kann heute noch nach Voranmeldung in einem nahezu unveränderten Zustand betrachtet werden. In den 1980er-Jahren trat eine Gruppe um den Berliner Professor für Medizingeschichte Gerhard Baader an die Anstalt heran. Im Zuge der Einrichtung der Ausstellung „totgeschwiegen“ in der damaligen Karl-Bonhoeffer-Klinik in Berlin-Wittenau war man auf die Verlegungen nach Meseritz aufmerksam geworden und sichtete vor Ort und in Archiven der Region Unterlagen, von denen zahlreiche Kopien nach Berlin kamen. In den 2000er-Jahren wurde auf dem Anstaltsfriedhof in Obrawalde ein weiteres Denkmal eingerichtet. Ein am Klinikum beschäftigter Arzt widmet sich nun neben seiner Anstellung der Betreuung von Ausstellung, Denkmälern und Interessierten.

Forschungsstand

Literatur zur Anstalt Meseritz gibt es relativ wenig. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in etwa genauso viele Menschen wie in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet wurden und zu Hadamar hunderte Titel verfügbar sind, macht sich eine große Leerstelle in der Forschung bemerkbar. In den 1970er-Jahren erschien eine Arbeit zweier polnischer Forscher, eines Staatsanwaltes und eines Arztes, die das damals in Polen vorhandene Wissen zusammentrugen und auch

Patientenakten heranzogen. Diese Publikation darf mittlerweile als veraltet gelten und wurde auch nie übersetzt. Als den aktuellen Stand der deutschsprachigen Forschungen wiedergebend gilt ein Aufsatz von Thomas Beddies aus dem Jahr 2002.

Akten aus der Anstalt Meseritz-Obrawalde sind in verschiedenen Archiven verfügbar. An erster Stelle ist das Staatsarchiv Gorzów Wielkopolski (Landsberg a.d. Warthe) zu nennen. Dort liegen einige Dutzend Verwaltungsakten aus der Zeit vor 1939. Wichtig sind auch Transportlisten, die Auskunft über Herkunftsorte von Patientinnen und Patienten sowie deren Verlegung in andere Anstalten geben. Die wichtigste Aktengruppe ist allerdings die der Krankenakten. Etwa 3.000 dieser Akten werden im Archiv in Gorzów aufbewahrt. Sie stammen aus dem Zeitraum von den 1920er-Jahren bis etwa 1946 und geben vor allem Aufschluss über die Krankengeschichte dieser Personen. Zu berücksichtigen ist, dass in Meseritz selbst kaum mehr Eintragungen erfolgten und sich deshalb überwiegend Lebensstationen bis zur Verlegung dorthin rekonstruieren lassen. In den meisten Akten finden sich allerdings auch noch Verwaltungsvorgänge, in vielen Fällen auch Korrespondenz mit Angehörigen. Nicht überliefert sind Personalakten aus der Zeit der Krankenmorde.

In Bezug auf den Zugang zu den Krankenakten gibt es leider mittlerweile große Probleme: Im Jahr 2018 traten verschärfte Regelungen zum Datenschutz in Kraft. Damit fand eine sehr benutzerfreundliche und im Vergleich zu deutschen Regularien liberale Zugangsgewährung ein Ende. War bis dahin das Findbuch zu der Anstalt Meseritz-Obrawalde im Internet auf der Archivplattform www.szukajwarchiwach.pl einsehbar, so ist dies nun nicht mehr möglich – es wurde depubliziert. Die Schutzfrist ist besonders strikt gewählt worden, da sie bis 100 Jahre nach dem letzten Eintrag in die Krankenakte greift, was bedeutet, dass die hier interessierenden Bestände im Extremfall erst wieder im Februar 2045 öffentlich zugänglich sein werden. Um die Frist abzukürzen, ist nun entweder eine Verwandtschaftsbeziehung zu der gesuchten Person oder ein durch ein Empfehlungsschreiben einer akademi-



Gedenkstein auf dem Anstaltsgelände. Die Inschrift lautet auf Deutsch: „In diesem Krankenhaus ermordeten die Hitleristen 1942-1945 über 10.000 Kranke verschiedener Nationalitäten. Die Menschheit wird diese Verbrechen nicht vergessen. Meseritz-Obrawalde 1966“

schen Institution dargelegtes wissenschaftliches Interesse nachzuweisen. In der Praxis der Archivnutzung durch unabhängige Forschende oder Initiativen tun sich dadurch sehr große Hürden auf, die momentan nur teilweise durch intensive vorherige Korrespondenz und umfassende Zusicherungen, dass erhobene Informationen nur anonymisiert verarbeitet werden, umgangen werden können.

Ebenfalls im Staatsarchiv Gorzów Wielkopolski liegen Akten der Amtsgerichte eines Teils der ehemaligen Provinz Brandenburg. In diesen von der Forschung oft übersehenen Quellen finden sich Vormundschafts- und Pflugschaftsakten, in denen über entmündigte Patientinnen und Patienten berichtet wird. In der ganz überwiegenden Mehrheit der Fälle findet man in diesen Beständen Informationen zu in Meseritz-Obrawalde, aber auch anderenorts ermordeten Menschen, über die ansonsten keine oder nur wenige Informationen

vorliegen. Diese Akten unterliegen keinen datenschutz- oder archivrechtlichen Schutzfristen.

In Polen finden sich auch in einigen anderen Archiven noch bruchstückhaft überlieferte Akten oder Bestandssplitter zur Anstalt Meseritz. Einen größeren Bestand verwahrt das Archiv des Instituts des nationalen Gedenkens, das vorwiegend Akten der Strafverfolgungsbehörden aus der Volkrepublik Polen vorlegen kann. Dabei handelt es sich, bezogen auf Meseritz-Obrawalde, um Ermittlungsberichte, Protokolle von Exhumierungen und in wenigen Fällen um Akten aus der NS-Zeit. Da aber die Ermittlungsverfahren sehr spät begonnen wurden und von vornherein keine Chance bestand, Tätererinnen und Täter vor Gericht stellen zu können, sind die Quellen nur bedingt von Relevanz.

In Archiven in Deutschland kann ebenfalls zur Anstalt Meseritz geforscht werden. Im Bundesarchiv in



Öffentliche Bekanntmachung der Vollziehung der Todesstrafe gegen zwei an den Tötungen in Meseritz-Obrawalde beteiligte Täterinnen

Berlin liegen im Bestand „Hauptausschuss Opfer des Faschismus“ zahlreiche Korrespondenzen von Überlebenden und Angehörigen von Opfern der Anstalt mit OdF-Ausschüssen vor. Neben der Möglichkeit, darin Daten zu Opfern zu erheben, ist noch ein anderer Aspekt interessant: Um Zugang zu Entschädigungen und Privilegien zu erhalten, bemühten sich nahezu alle Antragsteller darum, sich als politisch verfolgt darzustellen. So findet sich in vielen Schreiben die Angabe, dass Meseritz ein Konzentrationslager gewesen sei oder dass dort zumindest „KZ-ähnliche“ Zustände geherrscht hätten. Der spezifische Verfolgungsgrund wurde so heruntergespielt, Tabuisierungen und Mythenbildungen begannen bereits sehr früh nach 1945. Im Bestand R 179 des Bundesarchivs, der etwa 30.000 Akten von Opfern der „Aktion T4“ umfasst, finden sich 240 Akten von Patientinnen und Patienten, die in Meseritz waren

und mittels des Meldebogensystems von der Zentrale der „Euthanasie“-Verbrechen erfasst und in den Tod, vor allem in die Tötungsanstalt Brandenburg/Havel, deportiert wurden.

Ebenfalls in Berlin, im dortigen Landesarchiv, liegen Unterlagen zum oben bereits erwähnten ersten deutschen Prozess gegen zwei Täterinnen der Anstalt. Hilde Wernicke und Helene Wiczorek wurden vom Schwurgericht Berlin zum Tode verurteilt und das Urteil wurde auch vollstreckt. Die an vielen Stellen nur mehr schwer entzifferbaren und dringend restaurierungsbedürftigen Ermittlungs- und Prozessakten unterliegen keinen Schutzfristen mehr. Sie enthalten sehr viele, noch wenig durch spätere erinnerungskulturell bedingte Überlagerungen geformte Aussagen von Angehörigen Ermordeter.

Im Landesarchiv Berlin finden sich ebenfalls als „Totenbücher“ klassifizierte Sterbelisten. Diese wurden im Jahr 2010 von polnischer Seite übergeben, waren aber schon länger bekannt. In den chronologisch geordneten Listen finden sich – mit kleinen Lücken – Angaben zu allen in der Anstalt gestorbenen Patientinnen und Patienten von 1942 bis Anfang 1945. Zusammen mit den Krankenakten derer, die nach Meseritz gebracht wurden, ergeben sich hier gute Möglichkeiten zur personenbezogenen Recherche.

Das Bundesarchiv Ludwigsburg als Archiv der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen bietet Kopien von Sammlungen derjenigen deutschen Staatsanwaltschaften, die Verfahren wegen Verbrechen in Meseritz-Obrawalde führten. Von besonderer Bedeutung sind hier Kopien von Unterlagen sowjetischer Ermittlungsbehörden, die bereits kurz nach der Befreiung der Anstalt ein standrechtliches Verfahren führten, das mit mehreren Erschießungen von für die Tötungen Verantwortlichen endete. Diese unmittelbar nach dem Ende der Tötungen geschriebenen Ermittlungsberichte und Zeugenaussagen dürfen als Unikat gelten, denen ein sehr hoher Quellenwert zukommt. Im Zuge der Ermittlungen im März 1945 entstandene Fotografien und ein Film sind noch nicht wieder aufgefunden worden. Sie liegen vermutlich in Archiven der Russischen Föderation.

In der DDR geführte Ermittlungen und Verfahren zu Verbrechen in Meseritz wurden bisher nicht systematisch beforcht. Einige Fundstellen lassen sich über den Bestand Generalstaatsanwaltschaft der DDR im Bundesarchiv Berlin ermitteln.

Ebenfalls in die Reihe der Akten von Staatsanwaltschaften einzureihen sind die im Staatsarchiv München aufbewahrten Akten zum Prozess gegen 14 Pflegerinnen der Anstalt, der im Jahr 1965 in München geführt wurde. Da alle Angeklagten freigesprochen wurden, eignet sich die Untersuchung der Zeugen- und Beschuldigtenaussagen in diesem Verfahren insbesondere dafür, Exkulpationsstrategien von Tatbeteiligten und Diskurse

um die Strafbarkeit von „Euthanasie“-Verbrechen in den 1960er-Jahren zu untersuchen.

Fast alle Menschen, die als Folge nationalsozialistischer Vernichtungsbemühungen gegen Insassinnen und Insassen psychiatrischer Einrichtungen in Meseritz-Obrawalde ermordet wurden, waren Deutsche. Wie oben dargestellt, war die Dimension des Mordens ähnlich zu dem in den Vernichtungsanstalten der „Aktion T4“. Im Gegensatz zu den Gedenkstätten, die in Grafeneck, Brandenburg/Havel, Bernburg, Pirna-Sonnenstein, Hadamar und Hartheim errichtet wurden, erhält das Krankenhaus in Międzyrzecz keinerlei Unterstützung seitens der Bundesrepublik Deutschland oder Österreichs. Insbesondere für Berlin und Brandenburg, woher ein großer Teil der Ermordeten stammte, gilt es, diesen Umstand kritisch zu hinterfragen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass ein polnisches Krankenhaus für die Erinnerung an deutsche Opfer deutscher Vernichtungspolitik alleine zuständig ist, ohne dafür Unterstützung aus Deutschland zu erhalten.

Robert Parzer

Robert Parzer ist Historiker und Polonist. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau und beschäftigt sich dort vor allem mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen.

IMMER WIEDER? EXTREME RECHTE UND GEGENWEHR IN BERLIN SEIT 1945

Ein Zwischenbericht zur Wanderausstellung



Blick in die Ausstellung in der Zionskirche

Was die lange Geschichte des Rechtstextremismus und extrem rechter Gewalt nach 1945 betrifft, verfügt die Bundesrepublik über ein bemerkenswert schlechtes Gedächtnis. Wenn überhaupt, werden „Einzelfälle“ verhandelt, die selten in einen historischen Zusammenhang gebracht werden. Entsprechend tut sich die Öffentlichkeit schwer, die aktuellen politischen Entwicklungen historisch einzuordnen. Anstatt Rechtstextremismus als festen Bestandteil auch der deutschen Nachkriegsge-

schichte zu begreifen, wird eher das Schreckgespenst der Weimarer Republik an die Wand gemalt.

Kontinuität des Rechtstextremismus

Dieser Gedächtnislücke will das Aktive Museum mit der Ausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“ entgegenwirken. Sie entstand in Zusammenarbeit mit dem apabiz und dem Gestaltungsbüro Bar Pacifico. Die Ausstellung erzählt schlaglichtartig von zehn Ereignissen aus verschiedenen Phasen der Berliner Nachkriegsgeschichte und stellt dabei typische Aktionsfelder der extremen Rechten vor. Zugleich dokumentiert sie Formen und Strategien der gesellschaftlichen Gegenwehr. Eröffnet wurde sie am 29. März in der Zionskirche, die 1987 selbst Schauplatz eines Neonazi-Überfalls war, mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Antifaschistische Gegenwehr gestern & heute“.

Angriffe der AfD in Neukölln

Von Mitte Mai bis Mitte Juni war die Ausstellung im Rathaus Neukölln zu sehen. Das ärgerte die AfD, die in der Ausstellung einschlägig erwähnt wird und mit rechtlichen Schritten drohte: Die Ausstellung verletze das Neutralitätsgebot. Da das Rathaus als Wahllokal fungierte, wurden die Stationen, auf denen die AfD genannt wird, vor der Europawahl vorsorglich für einige Tage abgebaut. Anschließend wurden sie jedoch wieder aufgebaut. Die AfD wandte sich daraufhin per Eilantrag ans Berliner Verwaltungsgericht, um die Stationen entfernen zu lassen. Das Gericht wies den Antrag auf einstweilige Verfügung Anfang Juni zurück;¹ die Entscheidung wurde im Juli vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigt. Die Kosten der beiden Verfahren trägt die AfD.

Unter Verweis auf die anhaltende rechte Anschlagsserie in Neukölln stellte sich Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) vorbehaltlos hinter die Ausstellung. Er habe sich gefreut, „dass die Initiatoren der Ausstellung angefragt haben, ob sie diese im Rathaus Neukölln ausstellen können. Denn von diesem Rathaus soll die

Botschaft ausgehen: Hass und Gewalt haben keinen Platz in Neukölln.“²

Begleitprogramm und Publikationen

Die Galerie Olga Benario, die in Neukölln Mitveranstalterin war, lud kurz nach der Eröffnung zu einem Gespräch mit den Ausstellungsmacher*innen. Im Rahmen des Festivals Offenes Neukölln fand außerdem die Veranstaltung „Keine ‚Einzelfälle‘. Erinnern an rechte Gewalt“ statt. Hier diskutierten Vertreter*innen verschiedener Gedenkinitiativen und des Aktiven Museums darüber, wie die Geschichte rechter Gewalt nach 1945 im öffentlichen Bewusstsein verankert werden kann.

Von Mitte Juni bis Mitte Juli wurde die Ausstellung im August-Bebel-Institut im Wedding gezeigt. Auch dort gab es neben der Vernissage zwei Begleitveranstaltungen: Die erste beschäftigte sich mit Rechtsextremismus in der DDR; die zweite mit migrantischem Widerstand gegen Rechts.

Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen.³ Zusammen mit der Agentur für Bildung wurde außerdem eine pädagogische Handreichung für Lehrer*innen und Multiplikator*innen der politischen Bildung erarbeitet. Sie enthält Anregungen und ansprechend gestaltete Arbeitsmaterialien zur aktiven Erschließung der Ausstellung mit Jugendlichen ab 15 Jahren.⁴

Perspektiven der Ausstellung

Ab dem Beginn des Wintersemesters wird die Ausstellung im TU Hauptgebäude zu sehen sein. Wir hoffen, dass auch hier ein spannendes Begleitprogramm auf die Beine gestellt werden kann – schließlich mangelt es ja leider weder an historischen noch an aktuellen Anknüpfungspunkten. In diesem Sinne freut sich das Ausstellungsteam jederzeit über tatkräftige Unterstützung vonseiten der Vereinsmitglieder. Wer Ideen für Veranstaltungen hat oder die Ausstellung in den eigenen Stadtteil holen will, ist herzlich eingeladen, sich in der Geschäftsstelle zu melden. Zumal es schon immer erklärtes Ziel des Vereins gewesen ist, die Berliner Öffentlichkeit

auf die Kontinuität des Rechtsextremismus hinzuweisen: „In dieser Stadt wird eine Institution benötigt“, so heißt es im Gründungsaufwurf von 1983, „die als ‚aktives Museum‘ eine konstruktive Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit der Jahre 1933 bis 1945 sowie mit den neofaschistischen Erscheinungen der Gegenwart führt.“⁵

Cornelia Siebeck

Cornelia Siebeck ist Historikerin. Sie forscht und publiziert zu Geschichtspolitik und Gedächtniskultur. Außerdem ist sie in der historisch-politischen Bildungs- und Vermittlungsarbeit aktiv.

1) Für eine ausführlichere Darstellung vgl. apabiz: Immer wieder? Zensurversuche der Berliner AfD gerichtlich zurückgewiesen, 13. Juni 2019, <https://www.apabiz.de/2019/immer-wieder-zensurversuche-der-berliner-afd-gerichtlich-zurueckgewiesen/> (aufgerufen am 27.7.2019).

2) Bezirksamt Neukölln von Berlin, Verwaltung des Bezirksbürgermeisters: Beantwortung der Mündlichen Anfrage „Bezirksbürgermeister stellt sich über das Grundgesetz“, Ds 1358/XX, 21.5.2019; und nochmals in: Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin: Kleine Anfrage Antwort „Ausstellung von Linksextremisten im Rathaus Neukölln zur EU-Wahl“, KA 330/XX, 18.7.2019.

3) apabiz – antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v., Aktives Museum Faschismus und Widerstand e.V. (Hg.): Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945, Berlin 2019, 148 S.

4) Zum Download unter: https://www.atives-museum.de/fileadmin/user_upload/Extern/Dokumente/Handreichung_Extreme-Rechte.pdf; <https://www.apabiz.de/2019/paedagogische-handreichung-zur-wander-ausstellung-immer-wieder-extremerechte-und-gegenwehr-in-berlin-seit-1945/> (aufgerufen am 27.7.2019).

5) Zit. nach Christine Fischer-Defoy: Soviel Anfang war nie – das erste Jahr, in: Mitgliederrundbrief 49 (Juni 2003), S. 4-6, hier S. 4.

DIE EXTREME RECHTE ALS NORMALFALL?

Der dritte „Salon“ des Aktiven Museums fragte nach Leerstellen in der zeitgeschichtlichen Forschung und in der Erinnerungskultur

Wenige Tage nach der Eröffnung der gemeinsam mit dem antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz) erarbeiteten Ausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“¹ in der Zionskirche widmete sich der dritte Salon² des Aktiven Museums am 4. April 2019 mit etwa 30 Mitdiskutierenden und Zuhörer*innen der Frage, warum die Kontinuität extrem rechten Denkens und Handelns nach 1945 im Gedächtnis der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft kaum verankert ist. Warum ist die Geschichte der extremen Rechten nach dem Nationalsozialismus so wenig bekannt? Warum wird – wenn überhaupt – noch immer von vermeintlichen Einzelfällen gesprochen? Warum werden extreme Rechte nicht in einen historischen Zusammenhang analysiert? Wie steht es um die historische Forschung zu diesem Themenfeld? Was wäre zu tun, um die Geschichte des Rechtsextremismus nach 1945 stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken?

Als Impulsgeber*innen für die gemeinsame Diskussion dieser Fragen waren Julia Kleinschmidt und Yves Müller eingeladen. Beide Historiker*innen sind aktiv im interdisziplinären „Arbeitskreis Historische Rechtsextremismus-Forschung“, der im Februar 2019 im Rahmen eines öffentlichen Workshops zum Thema „Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte“ am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) gegründet wurde.³ Moderiert wurde der Salon von Cornelia Siebeck und Jens Schley, beide Historiker*innen und Mitglieder im Verein Aktives Museum.

Eingangs belegte Cornelia Siebeck mit einem Zitat aus einem Flyer von 1983 aus der Gründungszeit

des Aktiven Museums, dass es von Anbeginn seiner Tätigkeit die Absicht hatte, sich auch mit „neofaschistischen Erscheinungen der Gegenwart“ zu befassen.⁴ Das Münchner Oktoberfest-Attentat am 26. September 1980 mit zwölf Toten, dutzenden Schwerverletzten und mehr als 200 Verletzten war der bisher schwerste rechtsextreme Anschlag der Nachkriegsgeschichte und leitete die 1980er-Jahre ein, die sich mit einem Anstieg rechter Gewalt und rechten Terrors sowie zahlreichen rassistischen Angriffen auf Asylbewerber*innen und Migrant*innen in der Bundesrepublik fortsetzten. Daher sei kritisch nachzufragen, so Cornelia Siebeck, warum rechte Gewalt trotz der ausgeprägten historischen Erinnerungskultur in Deutschland mehrheitlich „vergessen“ würde. Beispielsweise fiel die deutsche Mehrheitsgesellschaft aus allen Wolken, als sie nach der Selbstenttarnung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Ende 2011 mit rechts-extremen terroristischen Strukturen konfrontiert wurde. Mögliche Ursachen für diese Ignoranz könnten die weit verbreitete Erzählung einer „demokratischen Erfolgsgeschichte“ der „vorbildlichen Aufarbeitung“ nach 1945 und das postulierte „Ende der Geschichte“ nach 1990 sein. So wurde Rechtsextremismus als randständiges Problem von der Gesellschaft abgespalten und nicht als gefährdend für die Demokratie wahrgenommen.

Jens Schley führte weiter aus, dass es keine etablierte historische Erzählung zur Kontinuität rechten Denkens gebe. Daher habe die Renaissance des „Völkischen“ in den vergangenen Jahren viele „kalt erwischt“. So werde den aktuellen Entwicklungen mit relativer Geschichtslosigkeit begegnet. Zwar seien vielfach Vergleiche mit der Geschichte der Weimarer Republik gesucht worden, es werde aber nicht kritisch auf die Geschichte der Bundesrepublik geblickt. Lediglich zwei zeitgeschichtliche Überblicksdarstellungen, einmal von Gideon Botsch⁵ und einmal von Norbert Frei sowie weiteren Autor*innen⁶, beschäftigten sich mit der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus und -konservatismus. Zu nennen sei außerdem die Ausstellung „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945“ des

Münchener NS-Dokumentationszentrums von 2017/18.⁷ NS-Gedenkstätten thematisierten Rechtsextremismus wenn überhaupt als Nachgeschichte des Nationalsozialismus. Die Ende 2018 eröffnete neue Dauerausstellung im Leipziger Zeitgeschichtlichen Forum der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bespricht Rechtsextremismus am Beispiel des NSU vergleichend mit Linksextremismus am Beispiel der Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg.



Yves Müller ging der Frage nach, ob es nach 1945 tatsächlich kaum eine Beschäftigung mit Rechtsextremismus gegeben habe. In seiner Untersuchung der zeithistorischen Forschung kam er zu dem Ergebnis, dass sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs durchaus Menschen forschend oder literarisch mit dem Thema beschäftigt haben. Sie taten dies jedoch eher aus der Perspektive der Emigration, im journalistischen Bereich und nicht im akademischen Mainstream. Als ein Beispiel stellte Yves Müller Kurt Philip Tauber vor, der sich in den 1950er-Jahren mit der Entwicklung und den Bestrebungen des Rechtsextremismus im westlichen Nachkriegsdeutschland beschäftigte. 1967 veröffentlichte er die zweibändige Publikation „Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945“.⁸ Als weiteres Beispiel nannte Yves Müller Lutz Niet-

hammer, der als junger Historiker die Gründung der NPD 1964 untersucht hatte.⁹ Dabei sei er nicht von einer simplen Renazifizierung ausgegangen, sondern habe die These einer Anpassung faschistischer Organisationen an die vorherrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelt. Aus dem Publikum merkte Dominik Rigoll an, dass Niethammers Begriff des „organisierten Nationalismus“ in Hinblick auf den Rechtsextremismus auch heute noch sehr



befruchtend sei. Weiter führte Yves Müller aus, dass sich die zeitgeschichtliche Forschung hauptsächlich auf den Nationalsozialismus und die Zeit vor 1945 konzentriere. Dabei werde die Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte der Demokratisierung, Liberalisierung und Modernisierung beschrieben. Die extrem Rechte komme in dieser Erzählung nur als Randnotiz oder Anomalie vor – was der Kontinuität und damit in gewisser Weise der Normalität der extremen Rechten nicht gerecht werde. In der Folge werde bei Erklärungen aktueller Phänomene, beispielsweise des Erstarkens der AfD, oftmals vereinfachend auf die Weimarer Republik zurückgegriffen. Das käme aber einer Verleugnung der oftmals ungebrochenen Kontinuitäten und Traditionen der extremen Rechten vom Nationalsozialismus bis heute gleich.

Daran anknüpfend stellte Julia Kleinschmidt die Frage, weshalb sich die zeithistorische Forschung in Deutschland ebenso wenig mit der Thematik von Differenz und Rassismus nach 1945 beschäftigt hat. Eine endgültige Antwort konnte Kleinschmidt noch nicht anbieten, stellte aber Bezug nehmend auf die Historikerin Maria Alexopoulou¹⁰ zwei Überlegungen in den Raum: Erstens könne ausgehend vom Staatsbürgerrecht der 1950er- und 1960er-Jahre historisch untersucht werden, wie sich Rassismus in Deutschland weiter entwickelt habe. Bis in die 1990er-Jahre habe der Frage „Wer kann eigentlich deutsch sein?“ ein völkischer Diskurs unterlegen. Die Frage sei meist biologisch beantwortet worden, also im Sinne einer Blutsverwandtschaft – unabhängig von der Frage, wie lange eine Person bereits in Deutschland gelebt habe. Heute werde die Debatte außerhalb der extremen Rechten utilitaristisch geführt, sprich: wer Deutschland nützt, ist auch willkommen, festgehalten beispielsweise im rassistischen Bild der „guten Computer-Inder“. Zweitens würden rassistische Übergriffe noch heute als Taten Einzelner behandelt und dadurch bagatellisiert. Rassistische Strukturen würden nicht wahrgenommen, auch die Sprache würde nicht einer kritischen Analyse unterzogen. An diesen durchgängigen Narrativen, so Kleinschmidt, könne eine kritische zeithistorische Forschung ansetzen.

Auf die Nachfrage der Moderation, wie sich die Schwerpunktsetzung der zeitgeschichtlichen Forschung konkret ändern solle, plädierte Yves Müller für die Etablierung einer Rechtsextremismus-Forschung innerhalb der zeitgeschichtlichen Forschung. In diese sollten dialogisch auch nicht-akademische Forschende wie beispielsweise das apabiz oder der Verein Opferperspektive miteinbezogen werden. Zudem sei es an der Zeit, die extreme Rechte nicht mehr allein als Nachgeschichte des Nationalsozialismus wahrzunehmen, sondern als Vorgeschichte der Gegenwart. Anstatt beispielsweise bei der AfD nach Analogien zum Nationalsozialismus zu suchen, müsse die jeweils spezifische Genese der extremen Rechten in DDR und BRD erforscht werden. Dazu müsse das Narrativ der „geglückten Demokratie“ infrage gestellt werden und die umkämpfte Erinnerung

mitgedacht werden. Ebenso wenig könne man die DDR auf den „verordneten Antifaschismus“ reduzieren oder den Autoritarismus der DDR-Gesellschaft als monokausale Erklärung anführen. Stattdessen könnten regionale und generationelle Unterschiede in den Blick genommen werden und zu Erklärungsmustern beitragen.

Jens Schley merkte an, dass auch ein übergreifender Ansatz für eine Demokratie- und Rassismusgeschichte fehle. Dies führe zu einer großen Ratlosigkeit angesichts der Diskursverschiebungen von rechts. In Anbetracht der Vehemenz und Skrupellosigkeit, mit der etwa AfD-Politiker*innen derzeit den erinnerungskulturellen Grundkonsens aufkündigten, sei zu fragen, ob es diesen Konsens überhaupt je gegeben habe. Mittlerweile bestehe eine Art Schizophrenie zwischen einer festen erinnerungskulturellen Erzählung und der Beschäftigung mit alltäglicher Gewalt und Rassismus. Die Frage sei, wie man diese Differenz aufheben könne.

Zur Frage des vermeintlichen erinnerungskulturellen Konsens' warf Julia Kleinschmidt ein, dass dieser in der Debatte um Geflüchtete nach 2015 externalisiert wurde, mit der Forderung an die „Neuen“ bzw. Menschen mit Migrationsgeschichte, sich dieses spezifisch deutsche Kulturgut anzueignen. Es sei stattdessen eine Debatte notwendig, wie an rassistische Gewalt der letzten 70 Jahre erinnert werden könne. Dem Beispiel von Geschichtswerkstätten folgend – die in den 1980er-Jahren begannen, „Geschichte von unten“ zu erzählen – könnten etwa Gedenkstätten, aber auch Institutionen wie das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) oder das in Planung befindliche Exilmuseum in Berlin einen Bogen zu den Opfern des NSU-Komplexes schlagen. Dies, so Kleinschmidt, berühre zudem die Frage, was und wie Museen und Gedenkstätten sammeln.

Diskutierende aus dem Publikum wiesen darauf hin, dass in der Geschichte der Bundesrepublik auch der Antikommunismus berücksichtigt werden müsse. Als ein Beispiel für antikommunistische bzw. antisozialistische Militanz nach 1945 wurde das Attentat auf Rudi Dutschke genannt, sowie als Beispiel für staatliche

Maßnahmen die Repressionen gegen Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und dessen Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Daran anknüpfend unterstrich Julia Kleinschmidt die Verbindungslinien zwischen Antikommunismus und Rassismus. Angehörige bestimmter Gruppen, wie linke Türk*innen oder Kurd*innen hätten nach der Logik des Kalten Krieges kein Asyl erhalten.

Dominik Rigoll brachte die Frage ein, ob nicht auch wissenschaftliche Literatur aus der DDR über Rechts extremismus für die Forschung genutzt werden könne. So sei beispielsweise das „Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland“¹¹ durchaus brauchbar. Yves Müller problematisierte in seiner Antwort, dass auch die DDR die extreme Rechte externalisiert habe. So habe man die aufkommenden Neonazis in den 1980er-Jahren nicht einordnen können und diese lediglich als Westimport angesehen.

Abschließend drehte sich das Gespräch um Begriffe, Definitionen und Öffnungen: So wurde diskutiert, ob „organisierter Nationalismus“ ein geeigneter Begriff sein könnte, um Rassismus, Homophobie und die gesellschaftliche Ausgrenzung von sozial und ökonomisch marginalisierten Gruppen in den Blick zu nehmen. Welche Erzählungen wären beispielsweise von Sinti und Roma, Homosexuellen und Obdachlosen zu hören? Mit kritischer Nationalismusforschung könnte man die Ausgrenzung diverser Gruppen aus dem nationalen Kollektiv besser verstehen. Zudem sei auch die Geschichte der antifaschistischen Bewegung eine Geschichte der Marginalisierung. Von antifaschistischen Akteur*innen seien Gegenerzählungen zum nationalen Narrativ zu hören. Sie hätten den Rechtsextremismus sehr früh als Problem wahrgenommen, den Finger in die Wunde gelegt und sich zur Wehr gesetzt.

Astrid Homann

Astrid Homann arbeitet in der historisch-politischen Bildung und als Ausstellungskuratorin. Sie ist Beisitzerin im Vorstand des Aktiven Museums.

1) Die Ausstellung ist vom 14. Oktober bis 22. November 2019 an der TU Berlin zu sehen. Interessierte Institutionen und Gruppen können die Ausstellung in ihren Räumen zeigen, Kontakt per Email an info@aktives-museum.de.

2) Mit dem Format des Salons öffnet das Aktive Museum für Vereinsmitglieder und deren Freund*innen einen Raum für geschichtskulturelle Debatten und aktuelle Fragestellungen. Die vergangenen Salons diskutierten „Subversive und kritische Geschichtsarbeit in Berlin gestern und heute“ und die „Kultur- und Geschichtspolitik der AfD“. Mitglieder des Aktiven Museums und andere Interessierte sind herzlich dazu eingeladen, ihre eigenen Themenvorschläge für weitere Salons einzureichen, Kontakt per Email an info@aktives-museum.de.

3) In dem Arbeitskreis vernetzen sich Mitarbeiter*innen aus Hochschulen, Gedenkstätten, mobilen Beratungsstellen und der historisch-politischen Bildung, um Rechtsextremismus als eigenen Forschungsbereich in der Zeitgeschichte zu etablieren und Impulse aus der Rassismus- oder Genderforschung aufzunehmen. Berichte des Workshops „Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte“ finden sich in H-Soz-Kult, 30.3.2019, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8177> (letzter Zugriff am 3.7.2019) sowie in L.I.S.A. Wissenschaftsportal der Gerda-Henkel-Stiftung, 28.3.2019, https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/rechtsextremismus_als_gegenstand_der_zeitgeschichte?nav_id=8203 (aufgerufen am 3.7.2019).

4) Aufruf zur Gründung eines aktiven Museums, zitiert im Mitgliederrundbrief 49 (Juni 2003), S. 4.

5) Gideon Botsch: Die Extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland: 1949 bis heute, Darmstadt 2012.

6) Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina, Maik Tändler: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019.

7) Vgl. Ausstellung und Katalog „Nie wieder. Schon. Wieder. Immer noch.“ (29. November 2017 bis 2. April 2018), <https://www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/wechselausstellung/archiv/immernoch/> (aufgerufen am 3.7.2019).

Zudem möchte ich auf die derzeit im Dortmunder U laufende internationale Gruppenausstellung „Der Alt-Right Komplex. Über Rechtspopulismus im Netz“ (3. März bis 22. September 2019) vom Hardware MedienKunstVerein hinweisen.

8) Kurt Philip Tauber emigrierte 1933 als Kind in die USA und lehrte später als Professor für politische Wissenschaften am Williams College in Massachusetts. Seine Studie „Beyond Eagle and Swastika: German Nationalism Since 1945“ (Wesleyan University Press, Middletown/Connecticut 1967) wurde nicht ins Deutsche übersetzt.

Ergänzend sei hier auch auf den gerade erschienenen Band „Aspekte des Rechtsradikalismus“ (Berlin: Suhrkamp 2019) hingewiesen, der einen Vortrag von Theodor W. Adorno von 1967 dokumentiert. Darin fragt Adorno vor dem Hintergrund des Aufstiegs der NPD, warum rechtsextreme Positionen 20 Jahre nach dem Kriegsende ungebrochen Zuspruch erfahren und was die „neue“ rechte Bewegung vom Nationalsozialismus unterscheidet und zugleich damit verbindet.

9) Lutz Niethammer: *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt/Main 1969.

10) Vgl. Maria Alexopoulou: *Rassismus als Kontinuitätslinie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 38-39/2018)*, <http://www.bpb.de/apuz/275884/rassismus-als-kontinuitaetslinie-in-der-geschichte-der-bundesrepublik-deutschland?p=all> (aufgerufen am 3.7.2019).

11) Vgl. Nationalrat der Nationalen Front (Hg.): *Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden. Eine Dokumentation*, 2. Auflage, Berlin (Ost) 1967.

ERINNERUNG AN DIE VERFOLGUNG UND ERMORDUNG DER DEUTSCHEN SINTI UND ROMA

Eine neue Informations- und Gedenkstele im Bezirk Steglitz-Zehlendorf



Ralf Wieland, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses und Petra Rosenberg, Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. enthüllen die Stele.

Am 29. März 2019 wurde um 11 Uhr vormittags Unter den Eichen 82-84 / Ecke Bötticherstraße, an einem überregional und lokalgeschichtlich authentischen Ort im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, eine Informationsstele enthüllt, die an die reichsweite rassistische Erfassung, Verfolgung sowie Vorbereitung des Genozids an den deutschen Sinti und Roma erinnert. Dort befand sich in der NS-Zeit als eine Abteilung des NS-Reichsgesundheitsamtes die „Rassenhygienische und bevölkerungs-

rungsbiologische Forschungsstelle“. Ihre Hauptaufgabe bestand im Erfassen personenbezogener Daten, der „rassenhygienischen“ Kategorisierung und „Begutachtung“ der deutschen Sinti und Roma.

Initiator und Leiter der Forschungsstelle ab 1936 war der Mediziner und Jugendpsychiater Robert Ritter (1901-1951), selbsternannter „Zigeunerforscher“ und fanatischer Vertreter der NS-Rassenpolitik. Wer sich wie Ritter auf dem Feld der „Rassenhygiene“ profilierte, konnte sich so berufliche und finanzielle Förderung sichern und bei Kriegsbeginn als „unabkömmlich“ dem Fronteinsatz entgehen.

Die Forschungsstelle wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert und kooperierte mit dem damals führenden Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem unter Leitung des Anthropologen Eugen Fischer.

Gemäß der NS-Rassenideologie galten Sinti und Roma wie Juden als „artfremd“, d.h. nicht zur „deutschen Volksgemeinschaft“ gehörend. Schon Jahre vor der NS-Herrschaft wurden sie diskriminiert, doch ab 1933 systematisch mit gesetzlichen und polizeilichen Maßnahmen entrechtet. 1938 beauftragte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, die Forschungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt mit der reichsweiten Registrierung aller Sinti und Roma. Bis 1944 erstellten Ritter und sein Mitarbeiterstab etwa 24.000 „Gutachten“ mit Empfehlungen zur Zwangssterilisation und Deportation. Nach dem „Auschwitz-erlass“ Himmlers vom 16. Dezember 1942 begannen ab 1943 die Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager. Insgesamt wurden mehr als eine halbe Million Sinti und Roma in Europa ermordet.

Die unmittelbar vor den Olympischen Spielen 1936 im Zwangslager Berlin-Marzahn internierten Berliner Sinti und Roma gehörten zu den ersten „Untersuchungsobjekten“, an denen Ritter und sein Mitarbeiterstab anthropologische Vermessungen (Gesicht, Augen, Körper) vornahm, ihnen Blutproben entnahmen, von

Köpfen Gipsabgüsse erstellten und deren genealogische Daten sie erfassten. Bei den erzwungenen Untersuchungen kam es zu Demütigungen und Misshandlungen.

Ritters engste Mitarbeiterin und Stellvertreterin in der Forschungsstelle war die Krankenschwester Eva Justin (1909-1966), die ohne ein ordentliches Studium durchgeführt und abgeschlossen zu haben 1943 mit einer sogenannten „Feldforschungsarbeit“ unter dem Titel „Lebensschicksale artfremd erzogener Zigeunerkinder und ihrer Nachkommen“ an der Berliner Universität promoviert wurde. Justins Promotion war nur durch Protektion mehrerer „Prominenter“ möglich: den Leiter des Reichsgesundheitsamtes Hans Reiter, Robert Ritter als „Doktorvater“ (obwohl dazu nicht berechtigt), sowie den bereits emeritierten Anthropologen Eugen Fischer und den Ethnologen Richard Thurnwald als Gutachter, die beide auch die mündliche Prüfung abnahmen. Justins wenige Seiten umfassende Dissertation enthielt lediglich eine vorurteilsbehaftete Schilderung der von ihr in wenigen Wochen mit 39 Kindern durchgeführten Verhaltensstudien, Geschicklichkeitstest und Gruppenspiele. Die Kinder aus Sinti-Familien waren ihren Eltern zwangsweise entzogen und der katholischen „Kinderrettungsanstalt“ St. Josefspflege in Mulfingen/Württemberg zur Heimerziehung zugewiesen worden. Justin empfahl für alle die Unfruchtbarmachung entsprechend der rassistischen Kategorisierung als „fremdblütig“. Nach Fertigstellung dieser eklatant unwissenschaftlichen „Untersuchung“ wurden die Kinder am 12. Mai 1944 in das „Zigeunerfamilienlager“ Auschwitz-Birkenau deportiert, das am 2. August 1944 „liquidiert“ wurde. Nur vier von ihnen überlebten.

Nach 1945 fanden Ritter und Justin wieder Anstellung im Öffentlichen Dienst in Frankfurt am Main. Beide mussten sich nicht für ihre Taten verantworten. Ermittlungsverfahren gegen sie wurden „aus Mangel an Beweisen“ eingestellt. Auch andere ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzten ihre Karrieren an Universitäten, in öffentlichen Ämtern und medizinischen Privatpraxen fort, nutzten Unterlagen der Forschungsstelle weiter und trugen zur fortgesetzten

Diskriminierung der Sinti und Roma sowie der Ablehnung ihrer Entschädigungsansprüche bei.

Auf Anerkennung als Opfer des rassistischen NS-Genozids mussten die überlebenden Sinti und Roma somit anders als die jüdischen Opfer sehr lange warten. Erst 1982 geschah das durch Bundeskanzler Helmut Schmidt, und auch erst, nachdem die Sinti und Roma Bürgerrechtsgruppen für ihre Interessenvertretung gegründet und mit Protestaktionen wie einem Hungerstreik 1980 in Dachau auf ihr Schicksal sowie die Verweigerung von Entschädigungen aufmerksam gemacht hatten.

In Berlin wurde 1986 auf dem Parkfriedhof Marzahn erstmals ein Gedenkstein für die Opfer des Zwangslagers Marzahn errichtet. 2007 wurden ein Platz und eine Straße am Ort des ehemaligen Lagers nach dem Auschwitz-Überlebenden und Gründer der Berliner Cinti-Union Otto Rosenberg benannt, der selbst als Kind dort inhaftiert war. 2011 wurde der Open Air-Gedenkort Zwangslager Marzahn eingeweiht, 2012 schließlich nach jahrelangen entwürdigenden Debatten das Zentrale Mahnmal am Reichstagsgebäude.

In den Erinnerungen der überlebenden deutschen Sinti und Roma und ihrer Nachkommen ist die „Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“ von zentraler Bedeutung für ihre systematische Verfolgung und rassistische Ausgrenzung. Wissen über die Verfolgungsgeschichte dieser Minderheit ist in der Mehrheitsbevölkerung noch immer gering, alte Vorurteile bestehen weiter. Mit der neuen Stele in Zehlendorf wird der historische Zusammenhang der in Berlin bereits bestehenden Orte der Erinnerung an Verfolgung und Leiden der Sinti und Roma hergestellt. Deshalb ist die neue Stele so wichtig.

Die Vorgeschichte, bis es zu dieser Stele kam, ist allerdings kein Ruhmesblatt für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Ein bereits Ende 2016 in der BVV Steglitz-Zehlendorf beschlossener Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung dieser Gedenkstele blieb im Kulturreferat fast ein Jahr in infolge eines „Büroversehens“, so die

Auskunft, unbearbeitet liegen. Aber auch im weiteren Verfahren von der Auftragserteilung bis zur Enthüllung der Stele am 29. März 2019 bedurfte es immer wieder der Nachfragen von Seiten der Antragstellenden und des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V., damit es überhaupt weiterging. So konnte auch erst nach Intervention der Vorsitzenden Petra Rosenberg mit Verweis auf die überregionalen Bedeutung dieser Stele das Bezirksamt veranlasst werden, Ralf Wieland als Hauptredner für die Enthüllung der Stele einzuladen, der sich als Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses stets für Respekt gegenüber den Sinti und Roma und die Erinnerung an deren Verfolgung und Ermordung eingesetzt hat. Einladungen zur Enthüllung der Stele hatte das Kulturreferat in kleiner Auflage verspätet noch drucken lassen, aber nicht verschickt. Nur durch Mundpropaganda und Information durch die Antragstellenden konnten schließlich doch noch zahlreiche engagierter Bürgerinnen und Bürger zum Enthüllungsakt versammelt werden. Die Bezirksbürgermeisterin erschien gleichwohl nicht. Was bleibt sind also Zweifel, ob hier wirklich nur ein „Büroversehen“ vorlag. Inzwischen wurde die Stele schon durch Sprayer beschädigt. Das Bezirksamt hat daraufhin eine Reinigung in Auftrag gegeben.

Annegret Ehmann

Die Historikerin und Pädagogin Annegret Ehmann ist seit 1993 Mitglied im Aktiven Museum und war eine der Initiatorinnen der Regionalhistorischen Informationsstele zur „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle“.

DER PLATZ DES 23. AUGUST

Die Neugestaltung des Steinplatzes als Revitalisierung des Totalitarismus-Gedenkens?

Der Steinplatz in Berlin-Charlottenburg, auf der Hardenbergstraße gegenüber der TU-Mensa und der Universität der Künste, wurde 2018 komplett neugestaltet. Die Aufenthaltsqualität wurde zuvor bemängelt. Der Platz würde in seiner umpflanzten Insellage kaum wahrgenommen, er habe keine Anbindungen an den benachbarten Stadtraum. Der Bedeutungsverlust dieses einst ganz nahe dem „Schaufenster des Westens“ gelegenen Platzes, im politischen Zentrum West-Berlins also, war nicht nur gartenbaulich, sondern auch architektonisch am Zustand der zwei Gedenkstätten aus den 1950er-Jahren für die Opfer des Stalinismus und die Opfer des Nationalsozialismus abzulesen.



„Ab dem Jahr 2014 organisierte das Bezirksamt mit dem Regionalmanagement CITY WEST mehrere Treffen, bei denen sich institutionelle Anrainer sowie zahlreiche Anwohner*innen engagiert einbrachten. Konsens der Gespräche war [...] eine Nutzungsintensivierung, eine zeitgemäße Gestaltung und die Öffnung des Platzes“, so teilte das Bezirksamt zur Eröffnung des Platzes vor einem Jahr, im August 2018, mit.¹ Das Know-how der benachbarten Technischen Universität wurde

eingebunden, schließlich wird hier Landschaftsarchitektur studiert. 2015 wurde der Wettbewerb „Campus meets Steinplatz“ gestartet, 13 studentische Entwürfe wurden eingereicht und bewertet. In der Ausschreibung wurden die Studierenden unter anderem dazu aufgefordert, auf den „Umgang mit den Denkmälern“ zu achten.²

Die zwei Gedenksteine stehen in allen eingereichten Entwürfen nicht im Mittelpunkt des Interesses, aber sie sind stets präsent und werden in ganz unterschiedlicher Form in einen neuen Platz integriert. In drei Entwürfen werden die Gedenksteine sogar verrückt, finden sich also an anderer Stelle auf dem Platz wieder: In einem Entwurf hätten sie nicht mehr nebeneinander an der Hardenbergstraße gestanden, sondern einander den Rücken kehrend an der Nordwest- und Südostseite des Platzes.³ In einem anderen Entwurf hätten sie einen enormen Bedeutungszuwachs für die Platzgestaltung bekommen, indem sie die Platzseite gewechselt, näher



zueinander gerückt und in Verlängerung der Carmerstraße einander gegenüber gestellt worden wären.⁴ In einem dritten Entwurf schließlich hätten sie die Flucht der Hardenbergstraße verlassen, denn die Platzfläche wäre insgesamt, mit den Denkmälern um rund 30 Grad gedreht worden.⁵

Der Gewinnerentwurf von Leon Giseke, Lasse Malzahn und Lucas Rauch mit dem Titel „Aufschließen“ lässt



die Steine, wo sie sind. In ihrem Wettbewerbsbeitrag kann man in einer Draufsicht erkennen, dass sie den Platzflächen vor den jeweiligen Steinen unterschiedliche Formen zugedacht hatten. Wie aber im Detail der konkrete landschaftliche „Umgang mit den Denkmälern“ aussehen soll, bleibt unbestimmt. Eine wichtige Rolle werden die Steine für sie nicht gespielt haben, weder im Wettbewerbsbeitrag noch im Interview zum Siegerentwurf äußern sie sich dazu.⁶ Auf Grundlage ihres Entwurfs setzte das Landschaftsarchitekturbüro Schirmer-Partner die Neugestaltung ab Ende 2017 um.⁷ Zuvor zitierte der Tagesspiegel noch den damaligen Baustadtrat Marc Schulte, die Mahnmale sollen „neu geordnet“ werden. „Was genau dies bedeutet, blieb zunächst offen.“⁸

Die Neuordnung ist verblüffend: Die zwei Steine sind nun in komplett baugleiche Gedenkanlagen eingebettet. Die Steine in ihrer Form und die Lettertypen und Formgebung der Inschriften sind zwar unterschiedlich, denn sie weisen ja auf unterschiedliche Verbrechen hin. Der erste Eindruck, den Menschen im Vorbeigehen

bekommen müssen, ist jedoch, dass es sich um etwas Gleiches handelt. Sowohl der Stalinismus- wie der Nationalsozialismus-Stein stehen am Ende von grauen Naturstein-Schotterfeldern, auf die sechs Reihen massive, in gleichem Grau gehaltene Natursteine zuführen. Diese massiven Steine, so könnte man meinen, sind durch die Wucht der von den Gedenksteinen repräsentierten Verbrechen in Schotter gebrochen; naheliegend ist bei einem Schotterbett auch die Assoziation mit Gleisschotter, damit auf Deportationszügeweisend.

Verblüffend ist diese geschichtslose Baugleichheit deshalb, weil die Eröffnung des Steinplatzes am 14. August 2018 mit einer außerordentlich anregenden historisch-politischen Kunstaktion begann. Die Künstlerinnen Stefka Ammon und Katharina Lottner, sie nennen sich „mmtt“, hatten mit „Steinplatz reloaded“ ein Konzept entwickelt, „das der neuen Gestaltung wie der Geschichtlichkeit des Ortes Rechnung trägt. [...] Denkmäler und Mahnmale für Ereignisse und Erinnerungen aus 133 Jahren, die sich auf und um den Steinplatz herum abgespielt haben, wurden auf den

Platz zurückgebracht.“ Allerdings: Die – phantasierten – Denkmäler und Mahnmale waren in transparenten, aber nicht durchsichtigen Container verpackt und nur schemenhaft zu erahnen. „Mit Hilfe von Beschriftungen, Führungen und der unglaublichen Kraft der Imagination konnte das Experiment trotzdem in seiner ganzen Schönheit und Tiefe von den Besuchern erlebt werden.“⁹ Ein Denkmal für die ersten Professorinnen der Künste war dabei, eines für Charlotte Salomon, für Cemal Kemal Altun, Talât Pascha und Soghomon Tehlirian.¹⁰ Wo so virtuos Geschichte im Raum präsentiert wird, da müsste die Auseinandersetzung mit Stalinismus- und Nationalsozialismus-Steinen aus den 1950er-Jahren doch eigentlich kreativer sein!

Verblüffend ist die Baugleichheit darüber hinaus, weil es seit Jahrzehnten wiederkehrende Debatten zum Gedenken an die Opfer von Gewaltherrschaft(en) gibt, die Gleichsetzungen kritisch infrage stellen. Das Aktive Museum trat dabei als Akteur oft in Erscheinung, so vor 25 Jahren, als der Verein gegen die Umgestaltung der Neuen Wache zur „Gedenkzentrale“ Stellung bezog. Dabei ging es nicht nur um einen Protest gegen die Gleichsetzung im Gedenken an Opfer und Täter, sondern auch um die Forderung nach einem differenzierten Gedenken an die unterschiedlichen Opfergruppen: „Wir brauchen viele Orte des Gedenkens!“, so ist der Appell von Christine Fischer-Defoy überschrieben.¹¹ Als das Europaparlament 2009 einen „Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ beschloss, schimpfte Gerhard Schoenberger an dieser Stelle über den „Versuch, die Totalitarismustheorie zu reanimieren“ und darüber, „gänzlich ahistorisch [...] die Opfer dieser Systeme in eine Gemeinsamkeit zu zwingen, die sie durchaus nicht wollen.“¹²

In den 1950er- und 1960er-Jahren wurde in Berlin an mehreren Orten eine solche Opfer-Gemeinsamkeit gestiftet. Am Steglitzer Kreisel, rechts vor der Matthäuskirche an der Schlossstraße, wurde am 9. November 1960, dem Gedenktag an den Novemberpogrom, eine Skulptur von Gisela Boeckh von Tzschoppe errichtet, „Der Gefesselte“, als Gedenkzeichen „den Verfolgten von 1933-1945“ gewidmet. Am Vorabend zum Tag der



Deutschen Einheit, am 16. Juni 1965, folgte links der Kirche das Denkmal „Leid an der Mauer“ von Gerd-Dieter Popielaty.

„Hier wie an mehreren anderen Orten der Stadt“, so kommentiert Stefanie Endlich in ihrer Dokumentation zu den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, „wurden Denkmäler für NS-Opfer und

für Stalinismus-Opfer bewusst in Korrespondenz zu einander aufgestellt, in einer für die Nachkriegszeit charakteristischen Gleichsetzung von NS-Terror und Unterdrückung in der DDR.“¹³

Die Aufstellung der Steine am Steinplatz ist ein Jahrzehnt älter. Die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.“ (VOS), im Februar 1950 von ehemaligen Häftlingen des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen gegründet, initiierte die Mahnmalssetzung. Am 5. November 1951 wurde der Stein eingeweiht.¹⁴ In der Folge wurde er nach 1953 Ort für Gedenkveranstaltungen zum Volksaufstand vom 17. Juni, nach 1961 für Gedenkveranstaltungen am 13. August, dem Tag des Mauerbaus. Bis heute finden sich an beiden Tagen Kränze unterschiedlicher staatlicher und nichtstaatlicher Akteure am Stalinismus-Stein. Die VOS publizierte in ihrer Vereinszeitung 2018 ein Foto ihres Geschäftsführers Hugo Diederich nach der Kranzniederlegung am 17. Juni – die Veränderung des Denkmals kommentierte sie nicht.¹⁵

Zwei Jahre später, am 9. November 1953, dem 15. Jahrestag der November-Pogrome von 1938, kam es am Steinplatz zu der von Stefanie Endlich konstatierten „Korrespondenz“. An eine solche hatten die Initiatoren des den Opfern des Nationalsozialismus gewidmeten Steins, der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN), zunächst nicht gedacht. Die aus Spendenmitteln finanzierte Setzung sollte am Knie, dem heutigen Ernst-Reuter-Platz, erfolgen, später einigte man sich auf den Standort am Steinplatz. Der Stein steht nicht nur wegen des Datums der Einweihung und wegen der folgenden Gedenkfeiern, die hier zum Jahrestag der Novemberpogrome stattfinden, in einem Bezug zum 9. November: Auch vom Material her ist er mit dem Datum verbunden, da er aus Steinen der am 9./10. November 1938 geschändeten Synagoge in der nahe gelegenen Fasanenstraße gebaut ist.¹⁶

Auffällig am Stein ist über der Inschrift ein Symbol: ein auf der Spitze stehendes Dreieck, auf dessen oberem Schenkel die Buchstaben K und Z stehen. Sie sind so angeschrägt, dass sie den linken und rechten Schenkel

zu verlängern scheinen. Das Dreieck kann als Fackel interpretiert werden, die Buchstaben als zwei Flammen, die über ihr züngeln. Fackelträger, Fackelmärsche, eine (ewige) Flamme – früher stärker als heute geläufige weihevoll Beigaben für Gedenkveranstaltungen. Das Symbol war in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR in ähnlicher Form an NS-Gedenkzeichen zu finden. Vorbild war das erste Logo der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), bei dem aus dem Dreieck die drei Buchstaben VVN in gleicher angeschrägter Form empor stiegen.¹⁷

Die Verwendung des Symbols 1953 am Steinplatz ist insofern erstaunlich, als dass der Initiator des Steins, der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN), eine Gegengründung zur VVN war. Die VVN galt in West-Berlin und in der Bundesrepublik als kommunistisch unterwandert,¹⁸ eine Orientierung an ihrer Ästhetik lag daher für den BVN nicht nahe. Im ersten Aufruf des BVN wurde der VVN vorgeworfen, „Schrittmacher für ein neues totalitäres System“ zu sein: „[...] unserer jungen, werdenden Demokratie drohen: Neo-Nazismus, Neo-Antisemitismus, Militarismus und Totalitarismus jedweder Prägung.“¹⁹ Schon vor der Trennung erhob der (noch-)VVN Bayern 1949 in den VVN-Nachrichten „schärfsten Protest gegen die Errichtung und Beibehaltung von Konzentrationslagern [...]. Sie verlangt schärfste Aburteilung aller Verbrecher gegen die Menschlichkeit.“²⁰

„Konzentrationslager“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ waren im Jahr 1949 mit dem NS-Unrecht verbundene Begriffe, durch NS-Prozesse waren sie ins öffentliche Bewusstsein getragen worden. Am Steinplatz wurden sie in den folgenden Jahren zu Begriffen, die den Stalinismus und die poststalinistischen Regime mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen sollten. Damit wurde sprachlich vollzogen, was die benachbarten, „korrespondierenden“ Steine architektonisch zum Ausdruck brachten. Zum Gedenken an den 17. Juni wurde auf einem Schild am Stein für die Opfer des Stalinismus 1964 an „56.000 Tote in den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und anderen KZ's“ von 1946-1949 gemahnt und damit eine



bruchlose Fortführung des NS-KZ-Regimes suggeriert. 1966 setzten Demonstrant*innen auf einem Fackelzug zum Steinplatz anlässlich des 17. Juni 1953 auf einem Transparent Hammer und Zirkel aus dem DDR-Staatswappen neben das Hakenkreuz: „Symbole des Terrors – Symbole der Unmenschlichkeit“.

Dabei blieb unbenommen, dass der Steinplatz mit dem Stein für die Opfer des Nationalsozialismus auch ein herausragender Ort für die kritische Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden war, jenseits der totalitaristischen Überformung. Gerd Kühling berichtete im letzten Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums von der „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin Anfang 1960. Die Proteste am 8. Januar und am 18. Januar 1960 benannten die Probleme, ohne antikomunistische

Relativierungen: Antisemitismus und Neonazismus sowie NS-Kontinuitäten in Regierungsämtern. Die Kundgebungen am Steinplatz waren damit Teil „eines Wandels hin zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit“.²¹

Am 23. August 2019 jährt sich zum 80. Mal der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt („Hitler-Stalin-Pakt“, ergänzt durch den „deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag“ vom 28. September 1939). Im April 2009 hatte das Europaparlament dieses Datum zum Anlass genommen, einen „Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ zu beschließen. Von der Reaktion Gerhard Schoenberners, des Mitgründers des Aktiven Museums, war oben schon die Rede. Tagesspiegel-Redakteur Malte Lehming nahm den diesjährigen 27. Januar zum Anlass,

darauf hinzuweisen, dass „auch die Verbrechen anderer totalitärer Ideologien thematisiert werden“ müssten: „Dass der 23. August [...] verschämt verschwiegen wird, ist blamabel.“²²

Selbst wenn dieser Tag „nur“ der Gedenktag anderer (also nicht-nationalsozialistischer) Ideologien wäre: Wie fasst man an einem Tag würdig das Gedenken an die „wissentlich herbeigeführte Hungersnot von 1932/1933 in der Ukraine“, an die „faschistischen Regime“ Griechenlands, Spaniens und Portugals, an die „totalitären und undemokratischen kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa“, an „die jüngsten Verbrechen gegen die Menschheit und Akte von Völkermord in Europa noch im Juli 1995“ zusammen? Der Tag ist aber laut Beschluss des Europaparlaments darüber hinaus zu begehen im Bewusstsein, „dass der einzigartige Charakter des Holocaust nichtsdestoweniger anerkannt werden muss.“²³

Allen Verbrechen, allen Opfern solle auf einmal gedacht werden, weil „Europa erst dann vereint sein wird, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen, Nazismus, Stalinismus und faschistische sowie kommunistische Regime als gemeinsames Erbe anerkennt und eine ehrliche und tiefgreifende Debatte über deren Verbrechen im vergangenen Jahrhundert führt.“²⁴ Richtig und aller Anstrengung wert – wenn statt „einer gemeinsamen Sicht“ ein gemeinsamer Diskurs oder sogar nur eine gemeinsame Diskursbereitschaft gefordert würde, und zwar an vielen Gedenktagen, um das Appell-Zitat von Christine Fischer-Defoy von 1994 wieder aufzugreifen. Es ist deshalb sehr fraglich, ob „eine ehrliche und tiefgreifende Debatte“ mit der vorliegenden überfrachteten Resolution tatsächlich befördert werden sollte und/oder befördert wurde.

Auf dem Steinplatz soll zukünftig einmal im Monat eine größere Veranstaltung stattfinden. Das Aktive Museum und andere Träger*innen historisch-politischer Bildung, so die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, „Sie waren Nachbarn“ e.V., das Anne Frank

Zentrum und die Amadeu Antonio Stiftung engagierten sich kürzlich mit Ständen und Aktivitäten am 11. Mai beim Europafest. Anlass waren der Europatag (9. Mai) und die Europawahl (26. Mai), organisiert wurde das Fest vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und der Landeszentrale für politische Bildung. Der seit November 2016 amtierende Baustadtrat des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, Oliver Schruoffeneger, sagte jüngst, dass für dieses Jahr noch Veranstaltungen zu „Fair Trade“, „Wegwerfgesellschaft“ und im November zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls geplant seien.²⁵

Der Beschluss des Europaparlaments für einen „Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ spielt für die Veranstaltungsplanung auf dem Steinplatz also noch keine Rolle. Im Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums vom Januar 2011 gab Gerhard Schoenberger seinem kritischen Kommentar zu diesem Europaparlaments-Beschluss einen für Berliner*innen einprägsamen Titel: „Die Straße des 23. August“. Nicht als Straße, aber eben als Platz bietet der Steinplatz nach seiner Umgestaltung das zu diesem Datum passende Bild. Am 23. August 2019 selbst wird sich zeigen, ob Kerzen, Blumen und Kränze an beiden oder an einzelnen Steinen zu sehen sein werden und der landschaftsarchitektonischen Revitalisierung des Totalitarismus eine des Gedenkens folgt.

Eike Stegen

Eike Stegen, Historiker und Politikwissenschaftler, ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

1) Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf: Pressemitteilung vom 14.8.2018.

2) Steinplatz meets Campus. Minimalinvasive landschaftsarchitektonische Umgestaltung. Studentischer Wettbewerb. Berlin 2015. S. 2.

3) a.a.O., S. 13-14 (Verfasserin: Tatjana Busch, Titel: Steinplatz meets Campus).

4) a.a.O., S. 19-20 (Verfasserin: Susanne Heimrich. Titel: Steinplatz meets Campus – minimalinvasive landschaftliche Umgestaltung).

5) a.a.O., S. 17-18 (Verfasserinnen: Karolina Hasenstab, Agnes Jacquin, Lena Mosel. Titel: Steinbruch – neue Perspektiven für den Steinplatz).

6) a.a.O., S. 5-6. Interview mit Gieseke, Malzahn, Rauch: <http://www.campus-charlottenburg.org/index.php?id=192> (aufgerufen am 7.7.2019).

7) Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf: Pressemitteilung vom 14.8.2018.

8) Dobberke, Cay: Steinplatz in der City West soll attraktiver werden. Tagesspiegel, 9.9.2016.

9) Zitate von der Website des Projekts: <https://www.steinplatz-reloaded.com> (aufgerufen am 7.7.2019).

10) zu Cemal Kemal Altun, Talât Pascha, Soghomon Tehlirian s. die entsprechende Einträge von Stegen, Eike: <https://flucht-exil-verfolgung.de/de> (aufgerufen am 7.7.2019).

11) Aktives Museum, Mitgliederrundbrief 23 (1994), S. 18.

12) Schoenberner, Gerhard: Die Straße des 23. August. In: Aktives Museum, Mitgliederrundbrief 64 (Januar 2011), S. 8.

13) Endlich, Stefanie u.a. (Hg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Bd 2. Bonn 1999. S. 169.

14) Ausführlich zum Stein für die Opfer des Stalinismus und zur Vereinigung der Opfer des Stalinismus: Zolldan, David: Steinplatz. <https://flucht-exil-verfolgung.de/de/ort/steinplatz> (aufgerufen am 7.7.2019).

15) Freiheitsglocke. Berlin, Juli/August 2018, 68. Jg., Nr. 789/90, S. 24. Das diesjährige Gedenken zum 17. Juni kommentiert mit Video vor Ort der so genannte Volkslehrer, ein rechtsradikaler ehemaliger Lehrer. Er empört sich, dass der „Arbeitskreis 17. Juni“ (wie zuvor bisweilen die VOS) zum 17. Juni auch einen Kranz am Stein für die Opfer des

Nationalsozialismus ablegte: <https://volkslehrer.info/videoarchiv/2019/6/29/die-brd-gedenkt-der-opfer-des-stalinismus> (aufgerufen am 7.7.2019). Obwohl er die Gedenksteine schon früher besuchte und kritisierte, spricht er die Neugestaltung in seinem Video nicht an.

16) wie Fußnote 12, ebenso ausführlich und mit weiteren Quellenangaben zum Stein für die Opfer des Nationalsozialismus: Zolldan, David: Steinplatz. <https://flucht-exil-verfolgung.de/de/ort/steinplatz> (aufgerufen am 7.7.2019).

17) zahlreiche Abb. bei Endlich, Stefanie (wie Fußnote 11).

18) Beaugrand, Günter: Zeitzeuge am Redaktionstisch. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Band 4, Nr. 1, S. 265: Der Autor sah die BVN-Gründung am 4.2.1950 „getragen durch das Engagement christlich-demokratischer Mitglieder der VVN“.

19) a.a.O., S. 277.

20) VVN-Nachrichten 13/1949, zitiert nach: a.a.O., S. 274.

21) Kühling, Gerd: Die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin 1960. In: Aktives Museum, Mitgliederrundbrief 80 (Januar 2019), S. 11.

22) Lehming, Malte: Das Verbrechen darf nicht mystifiziert werden. In: Tagesspiegel, 27.1.2019.

23) alle Zitate aus: Entschließung des EU-Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0213+0+-DOC+XML+V0//DE> (aufgerufen am 7.7.2019).

24) a.a.O.

25) Dobberke, Cay: Schluss mit Langeweile auf dem Steinplatz. In: Tagesspiegel, 23.3.2019. Siebert, Philipp: Nach Umgestaltung: Veranstaltungen sollen mehr Menschen zum Steinplatz locken. In: Berliner Morgenpost, 13.4.2019. Vgl. auch den Auftritt des Steinplatzes als Eventlocation im Netz: <http://steinplatz.berlin> (aufgerufen am 7.7.2019).

NOVEMBER 1938: GESCHICHTE IN IHRER VIELSCHICHTIGKEIT ERZÄHLEN

Als ein postmigrantisches Land hat Deutschland längst anerkannt, dass die Ausarbeitung eines historischen Narratives, das bei allen Staatsbürger*innen Anklang findet, eine große Herausforderung ist. Die in verschiedenen Phasen aus der Türkei nach Deutschland eingewanderten Menschen wurden zumeist als diejenigen Migrant*innengruppen betrachtet, die der „deutschen“ Vergangenheit entweder gleichgültig gegenüberstanden oder sich aber nicht in angemessener Weise mit dieser befassten. In diesem Artikel möchte ich mich auf einen spezifischen historischen Moment fokussieren – auf die Novemberpogrome 1938 –, um die entscheidenden Faktoren bezüglich der Wahrnehmung dieses historischen Ereignisses unter „türkischen“ Migrant*innen nachzuzeichnen. Zuerst werde ich aufzeigen, dass diese Gruppe der „türkischen“ Migrant*innen in Wirklichkeit sehr vielfältig ist. Aufbauend darauf werde ich in einem zweiten Schritt nachweisen, wie Wahrnehmungen der Nazi-Vergangenheit mit individuellen und kollektiven Erinnerungen hinsichtlich staatlicher Gewalt verwoben sind. Drittens möchte ich darlegen, weshalb der Mainstream-Ansatz deutscher Geschichtsvermittlung diese Herausforderungen nicht überwinden kann, solange das „nationale“ historische Narrativ nicht um verschiedene, dieses Narrativ überschreitende Begegnungen und Beziehungen erweitert wird. Ausgehend von dem geschichtsträchtigen Datum des November 1938 versuche ich dabei zunächst nachzuvollziehen, wie dieses von türkischen Staatsbürger*innen, die zu ebenjener Zeit in Deutschland lebten, wahrgenommen wurde. Diese Beobachtungen möchte ich anschließend derzeitigen Wahrnehmungen der Pogrome unter Deutschen mit Migrationshintergrund gegenüberstellen, wobei ich insbesondere die Diskrepanz zwischen beiden hervorheben werde. Zum Schluss werde ich auf einige Chancen hinweisen, die sich eventuell aus dieser Komplexität ergeben.

Am 9. und 10. November 1938 erlebte die jüdische Bevölkerung in Deutschland eine Gewalt von enormem Ausmaß, die sich gegen ihre Wohn- und Arbeitsräume, Synagogen und auch gegen sie selbst richtete. Während einerseits die Verantwortung des Naziregimes bezüglich der Pogrome verschleiert wurde, wurden die Ereignisse andererseits als scheinbare Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf die Ermordung des deutschen Diplomaten Ernst Eduard vom Rath durch den jungen Juden Herschel Grynszpan gerechtfertigt. Im Zuge der Pogrome wurden etwa 400 Personen ermordet oder zum Suizid getrieben. Mehr als 1.400 Synagogen und Gebetsstätten sowie ca. 7.500 Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört. Weiterhin kam es zur Verwüstung jüdischer Friedhöfe und gemeinschaftlicher Einrichtungen.¹

Andernorts in der Welt, das sei hier angemerkt, starb am selben Tag, am 10. November 1938, der Gründer der neu errichteten Türkischen Republik, Mustafa Kemal Atatürk. Tiefes Leid sowie große Trauer und Ehre sind seither eng mit diesem Datum verbunden. Es lag wohl an der überragenden Bedeutung dieses Ereignisses, dass ein Pogrom, das sich überwiegend gegen deutsche Jüdinnen und Juden richtete, in den türkischen Medien wenig Beachtung fand. Die Cumhuriyet, eine der größten Tageszeitungen in der Türkei, berichtete in einer Randnotiz über ein paar „Vorfälle“ in einigen deutschen Städten. Die Nachricht war weit entfernt davon, die Ernsthaftigkeit und Reichweite der Ereignisse zu erfassen. In Berlin, so wurde berichtet, sei ein Eingreifen seitens der Polizei nicht nötig gewesen, da es keine Handgreiflichkeiten gegeben habe. In Frankfurt seien hingegen lediglich das Hab und Gut jüdischer Personen angegriffen worden, während letztere selbst verschont geblieben seien!² Da die Ereignisse auch in anderen Zeitungen entweder keine oder nur eine arg untergeordnete Rolle spielten, gingen sie größtenteils an der türkischen Öffentlichkeit vorbei.

Während die Staatsbürger*innen der Türkei über die Medien nicht über die Pogrome informiert wurden, befanden sich 1938 zahlreiche türkische Staatsbürger*innen in Deutschland, die ihre Verwandtschaft in der Türkei persönlich über die Ereignisse unterrichteten.

Yahudiler aleyhinde tezahürat Berlinde bazı sinagoglar ateşlenerek yakılıyor

Von Raht'ın ölümü üzerine Yahudi evlerinin
camları kırıldı mağazalar tahrib edildi



Katil Polonyalı Yahudi, polis komiserliğinden çıkarken fotoğrafçılarından yüzünü gizliyor. (Yuvarlakta: Bir portret)

Berlin 10 (a.a.) — Havas ajansı muhabirinden:

Von Rath'ın ölümü, Yahudiler aleyhinde yeni bir hareket tevliğ etmiştir. Pazartesi ve salı günü muhtelif Alman şehirlerinde bilhassa kassel ve Dessau'da bir takım hâdiseler olmuştur. Çarşamba günü, halkın infialı Berlinde de bir takım hâdiseler çıkmasına sebebiyet vermiştir.

Delikanlılardan mürekkep bir takım gruplar, sabahleyin saat ikiye doğru şehrin Yahudi mağazalarının henüz pek çok miktarda bulunmakta olduğu garb tarafındaki cadde ve mahallelerde dolaşmışlardır.

Bu gruplar, ellerindeki çekiçlerle mağazaların camlarını kırmışlardır. Maa-mafih döğüşme olmamış ve zabıta müdahale mecburiyetinde kalmamıştır.

Sinagoglar yanıyor

Berlin 10 (a.a.) — Havas ajansı muhabirinden:

Prenz - Rejantın Strase sinagogu ile Tazanem Strase sinagogları alevler içindedir. Süller Strase, Margrafen Alle ve Laypnic Strase'deki diğer üç sinagog da yanmaktadır.

Gece Yahudilere aid olan evlerin camları kırılmıştır. Payitahtın Yahudi mağazalarının kâin bulunduğu mahallelerinin başlıca caddelerinde ise kırılmamış cam yoktur. Mağazalardaki mallar altüst edilmiştir. Fakat hırsızlık vak'ası olmamıştır.

Von Rath'ın ölümü üzerine başlayan Yahudiler aleyhindeki tezahürat, Al-manyanın her tarafında devam etmekte, Yahudilere fena muameleler yapılmakta, sinagoglar yağma edilmekte veya yakılmaktadır.

Hükümet tezahürata nihayet verilmesini istiyor

Berlin 10 (a.a.) — Havas muhabiri bildiriyor:

Bütün şehirlerden, Yahudiler aleyhinde nümayişlerin yapıldığı haberleri gelmekte devam ediyor.

Münihte bir Yahudi bankasının camları kırılmış ve direktörü Aufhäuser tevkif olunmuştur. Bu bankanın diğer direktörü ve ortağı Kramer'le karısı ise intihar etmişlerdir.

Nürnberg'de S. A. hücum k't'alan, Yahudi evlerine girmiş ve mobilyeleri kırmışlardır.

Frankfurt-am-Mayn'da bütün sinagoglar ateşe verilmiştir. Şahıslara hücum edilmemiş, yalnız emval ve eşya harab edilmiştir. Polis, Yahudi eşyası himaye eylemektedir. Yahudiler serbestçe gezebilmektedir.

Kolonyada bir Yahudi sinagogu tahrib edilmiştir.

Achen'de de bu tarzda hâdiseler olmuştur.

Bütün Almanyada heyecan

Berlin 10 (a.a.) — D. N. B. bildiriyor:

Doktor Göbbels, Yahudi aleyhtan her türlü tezabürlere derhal nihayet verilmesini halktan talep etmiştir.

Yahudi gazeteleri korkuyor

Varşova 10 (a.a.) — Bütün Yahudi gazeteleri, Grynpan cinayetini takbih etmekte ve tevliğ edeceği neticelerden korkmaktadır.

Silâh taşıyan Yahudiler

Berlin 10 (a.a.) — Hücum kıtaatı şefi Himler, Nürnberg kanununa nazaran Yahudi addedilmeleri icab eden eşyasın silâh taşımalarını meneden bir emirname imzalamıştır. Buna muhalefet edecek olanlar, tahşid kamplarına sevk edilecekler ve 20 sene için mevkuf tutulacaklardır.

Dabei gab es hauptsächlich zwei Gruppen von Personen, die zu jener Zeit aus der Türkei nach Deutschland gezogen waren. Die erste Gruppe umfasste Studierende, die für eine bessere Ausbildung nach Deutschland (und in andere europäische Länder) geschickt wurden, um so den Bedarf der neu gegründeten Türkischen Republik nach hochgebildetem Führungspersonal zu decken. Zwischen 1928 und 1945 wurden jährlich im Schnitt 120 säkulare, nationalistische türkisch-muslimische Studierende (d.h. keine türkischen Armenier*innen, Griech*innen oder Jüdinnen und Juden) vom türkischen Bildungsministerium ausgewählt und mit einem Stipendium nach Europa gesandt. Die Überzahl der Studierenden bildeten derweil Männer, wobei es allerdings auch eine nennenswerte Minderzahl an Frauen gab.³ Unter diesen türkischen Studierenden befand sich Tarık Emiroğlu, der zwischen 1938 und 1939 Architektur in Berlin studierte und dort Zeuge der Gewalt gegen deutsche Jüdinnen und Juden wurde. In einem Brief an seine Großmutter berichtete er: „Es kam fast zu Krawall, als die Türk*innen, die sich nach der Botschaft vom Tode Atatürks im {Türkischen Verein Berlin} versammelt hatten, anschließend in die Straßen strömten. Der Anblick einer Ansammlung von zahlreichen dunkelhäutigen Personen sorgte für einen Aufschrei bei den Deutschen, die die Türk*innen fälschlich für Jüdinnen und Juden hielten, die sich auf eine Gegenaktion vorbereiteten. Die Polizei schritt jedoch ein und klärte das Missverständnis.“⁴ Türkisch-muslimische Studierende machten also die Erfahrung eines handfesten Aufeinandertreffens und hatten vorwiegend Angst, „für Jüdinnen und Juden gehalten“ zu werden.

Demgegenüber waren türkische Jüdinnen und Juden, die zweite große Gruppe der aus der Türkei nach Deutschland gezogenen Personen, überrascht, nicht ins Ziel der Angriffe zu geraten. Jüdinnen und Juden stellten mehr als die Hälfte der türkischen Staatsbürger*innen, die Anfang der 1930er-Jahre in Berlin lebten. 1933 war fast die Hälfte der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger*innen jüdisch.⁵ Der Grund für diese vergleichsweise hohe Anzahl türkischer Jüdinnen und Juden in Deutschland war die sich verschlechternde Situation in ihrem Heimatland. Jüdische Staatsbürger*innen der

jungen Republik waren in der Türkei einer durch staatliche Politik gestützte und sich gegen alle Minderheiten richtenden Diskriminierung ausgesetzt. Im Laufe der 1930er Jahre verschlimmerte sich die Lage für Jüdinnen und Juden, die nun bedrängt und belästigt wurden, weil sie in der Öffentlichkeit nicht Türkisch sprachen.⁶ Insbesondere nach den anti-jüdischen Ausschreitungen und Angriffen in Edirne, Çanakkale und Kırklareli im Juni und Juli 1934, die verharmlosend als „Ereignisse von Thrakien“ bezeichnet werden, flohen viele der dort ansässigen Jüdinnen und Juden zunächst nach Istanbul und dann ins Ausland – unter anderem nach Deutschland.

Unter den Augenzeug*innen der Pogromnacht befand sich auch die Familie Behar, die schon zu einem deutlich früheren Zeitpunkt, nämlich im Jahre 1915, nach Berlin gekommen war. In jener Nacht beobachtete die Familie aus dem Fenster ihrer Wohnung im dritten Stock, wie die „maurische“ Synagoge in der Fasanenstraße in Brand gesetzt wurde. Der Orientteppich Nissim Behars, der sich im ersten Stockwerk desselben Wohnblocks befand, blieb jedoch unangetastet. Sein Sohn Isaak Behar fragte sich, „ob das daran lag, dass wir nicht primär als Jüdinnen und Juden, sondern als Türk*innen betrachtet wurden. Vielleicht hatten wir auch einfach Glück.“⁷ Nichtsdestotrotz stellte diese Nacht auch für die Familie Behar einen Wendepunkt dar: Wie so viele Jüdinnen und Juden verlor sie ihr Geschäft und wurde dann mit der einzigen Ausnahme Isaak Behars, der zum Zeitpunkt der Razzia glücklicherweise außer Haus war, in verschiedene Konzentrationslager deportiert. Die türkische Staatsbürgerschaft der Familie war nur ein Jahr zuvor aufgehoben worden, wodurch sie als Jüdinnen und Juden in Deutschland ihren „letzten Schutz“ verloren hatte. Politische Maßnahmen des türkischen Staates innerhalb der eigenen Grenzen sorgten im Verbund mit einem Ausbau der Beziehungen zwischen dem türkischen Staat und dem deutschen Naziregime dafür, dass jüdische Staatsbürger*innen der Türkei ihrer Identitäten und Vergangenheiten beraubt wurden.

Die Pogromnacht verursachte also kurz gesagt verschiedene Ängste bei den Menschen, die zu jener Zeit aus der Türkei nach Deutschland gezogen waren,

und wurde von diesen in unterschiedlicher Weise wahrgenommen. Auch wenn deutsche Staatsbürger*innen mit einer Vergangenheit in der Türkei sich heute an diese historischen Ereignisse nicht zwangsläufig als Teil ihrer kollektiven Geschichte erinnern, so findet bei ihnen in dieser Hinsicht dennoch in verschiedener Form eine Reflexion und Herstellung von Bezügen statt. Eigene Erfahrungen mit staatlicher Gewalt sind hierbei eventuell ursächlich für Unterschiede in der Betrachtungsweise. Doğan Akhanlı, der an einer mehrperspektivischen Geschichtsvermittlung bezüglich des Holocaust arbeitet⁸, stellt die Behauptung auf, dass „die Pogromnacht für manche der kurdischen Alevit*innen die Erinnerung an das ebenfalls im November 1938 verübte Dersim-Massaker⁹ in der Türkei herbeirufen kann. Die ‚Kristallnacht‘ erinnert die Armenier*innen, Jüdinnen und Juden und Griech*innen der Türkei an die Pogrome vom 6./7. September 1955¹⁰, bei denen in erster Linie griechische Geschäfte angegriffen wurden.“¹¹ Möglicherweise können kurdische politische Flüchtlinge über ihre eigenen Erfahrungen mit staatlicher Gewalt in der Türkei an den Holocaust und jüdische Erfahrungen anknüpfen.¹² Migrant*innen hingegen, die sich über ihre türkische und muslimische Herkunft definieren, erscheint der Holocaust allgemein vielleicht anhand der am eigenen Leibe erlebten Formen von Rassismus und Diskriminierung greifbar.¹³

Was für einen Umgang fordern all diese unterschiedlichen Erfahrungen und Erinnerungen, die einem einzigen historischen Ereignis, in diesem Fall dem Novemberpogrom 1938, entspringen oder von diesem hervorgerufen werden? Zunächst wird deutlich, dass wir es bei den Migrant*innen aus der Türkei hinsichtlich ethnischer und religiöser Zugehörigkeit und auch, was die Gründe für die Auswanderung und den historischen Zeitpunkt der Migration betrifft, mit äußerst heterogenen Gruppen zu tun haben. Es folgt, dass sich migrantische Wahrnehmungen der Geschichte des Holocaust, selbst wenn man allein diejenigen aus der Türkei in den Blick fasst, nicht ohne weiteres generalisieren lassen. Zudem waren einige der Migrant*innen, nämlich aus der Türkei ausgewanderte jüdische Staatsbürger*innen und ihre Familien, direkt vom Geschehen des Zweiten

Weltkrieges betroffen. Unabhängig von ethnischer und religiöser Zugehörigkeit betrachten nahezu alle Menschen mit Migrationshintergrund die Geschichte des Holocaust vermittelt über ihre persönlichen Historien staatlicher Gewalt.

Zum Abschluss dieses kurzen Artikels möchte ich nun noch auf die Chancen hinweisen, die ich innerhalb dieser Vielschichtigkeit sehe. Die deutsche Gesellschaft muss meiner Meinung nach einen Weg finden, ein differenziertes historisches Narrativ im Hinblick auf den Holocaust zu entwickeln, das die Erfahrungen verschiedenster Teile der Gesellschaft aufgreift. Solch ein transnationales Narrativ ermöglicht eine Diskussion über die weitreichenden Auswirkungen des Holocaust auf verschiedene Akteur*innen sowie auch über deren diesbezügliche Verantwortung. Gleichzeitig wird so einer größeren Zahl an Menschen Gelegenheit gegeben, politisch wie auch emotional Zugang zu dieser Geschichte zu finden. Zudem eröffnet eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust unter Rücksicht auf Vielschichtigkeit und Transnationalität die Möglichkeit, im Umgang mit anderen geschichtlichen Krisen, Kriegen und Konflikten nicht einfach ein „Universalmodell“ bereitzustellen, sondern das Fundament für einen ernsthaften Austausch über die unterschiedlichen Erinnerungen zu schaffen, die der Holocaust auslöst. Ich bin überzeugt, dass ein derartiger Ansatz eine Schlüsselrolle bei der Beseitigung aktuell bestehender Unstimmigkeiten innerhalb der postmigrantischen Gesellschaft spielen kann.

Özlem Kaya

Özlem Kaya ist Projektkoordinatorin am Zentrum für Wahrheit, Gerechtigkeit und Gedenken – Hafıza Merkezi in Istanbul/ Berlin. Sie arbeitet dort zu Themen rund um Vergangenheitsbewältigung, Friedensforschung sowie Menschenrechte.

Aus dem Englischen von Sebastian Heuer

1) <https://www.jmberlin.de/en/topic-november-pogroms-kristallnacht-1938>

2) Cumhuriyet, 11.11.1938

3) Şarman K., Türk Promethe'ler: Cumhuriyet'in öğrencileri Avrupa'da (1925-1945) [Die türkischen Promethen: Die Student*innen der Republik in Europa (1925-1945)], İşBankası Kültür Yayınları, 2006.

4) Baer, M. D.; Mistaken for Jews: Turkish PhD Students in Germany, German Studies Review, 2018, 41(1):19-39.

5) Guttstadt, C., Türkiye, Yahudiler ve Holocaust [Die Türkei und der Holocaust], İletişim Yayınları, 2016:99.

6) Bali, R. N., Savaş Yıllarında Türkiye Yahudileri [Türkische Jüdinnen und Juden in den Kriegsjahren], Toplumsal Tarih, January 2004.

7) Baer, M. D, Turk and Jew in Berlin: The First Turkish Migration to Germany and the Shoah, Comparative Studies in Society and History, 2013, 55(2): 330-355.

8) <https://flucht-exil-verfolgung.de/en/einleitung>

9) Siehe Kieser, H. L., Dersim Massacre, 1937-1938, Online Encyclopedia of Mass Violence, 27. Juli 2011, URL: <https://www.sciencespo.fr/mass-violence-war-massacre-resistance/en/document/dersim-massacre-1937-1938> (aufgerufen am 4.6.2019).

10) Die Pogrome, die sich vorwiegend gegen in der Türkei lebende Griech*innen richteten, brachen nach der Veröffentlichung einer Nachricht über einen Bombenangriff auf den Gebäudekomplex des Türkischen Konsulats in Thessaloniki aus, innerhalb dessen sich auch das Geburtshaus Mustafa Kemal Atatürks befindet.

11) Persönliches Gespräch mit Doğan Akhanlı, 26.11.2018.

12) Neuköllner Stadtteilmütter aus den Spuren der Geschichte, Unser Blick in die Geschichte: Wo bleibt die Menschlichkeit, 27.11.2018.

13) Yurdakul, G., Y. M. Bodemann, „We don't want to be the Jews of tomorrow“: Jews and Turks in Germany after 9/11, German Politics & Society, 2006, Vol. 24, 2(79): 44-67.

PETER ZADEK

Ansprache anlässlich der Enthüllung einer „Berliner Gedenktafel“ am 20. Mai 2019 in der Offenbacher Straße 24



Peters Angst vor antisemitischen Anschlägen war groß, als er 1984 bei Kurt Hübner an der Freien Volksbühne Joshua Sobols „Ghetto“ inszenierte. Eingeweihte wussten, wo er wohnte. Kein Namenschild an der Tür. Eines Sonntags sagte er zu mir: „Ich zeig dir jetzt was. Setz dich ins Auto und fahr einfach, wie ich dir sage, frag mich nichts.“ Skeptisch sah ich ihn an. „Fahr einfach.“ Normalerweise zeigte ich ihm mein Berlin.

In einer mir unbekanntem Wohngegend landeten wir in einer stillen Seitenstraße, ich parkte den Wagen, und wir gingen die Straße ein Stück weit zurück. Das Schild einer Goldschmiedewerkstatt in einem Vorgarten. Sonst nichts. Auch kein Mensch auf der Straße. Dann blieb Peter vor einem Haus stehen: „Hier, Offenbacher Straße 24, 3. Stock“. Dort hatten sie gewohnt, bis sie in den letzten Märztagen 1933 das Schiff nach London nahmen, um nicht mehr zurückzukommen. Ich schaute an der Fassade hinauf, der übliche lehmig braune Berliner Nachkriegsbau. Unscheinbar, schlicht, im Grunde hässlich. „Dort oben“, Peter zeigte hinauf, „eine riesige Wohnung“. Er erzählte. Gegenüber lag seine Schule. Einmal stand er auf dem Balkon und hörte Musik – da

marschierte die SA die Laubacher Straße herunter. Er war sechs Jahre alt und fand es ganz toll – stramm die da mit Trallala und Tamtam. Die Eltern holten ihn rein und sagten, das ist was ganz Schreckliches, da darfst du nicht hinhören.

Ich schaute hinauf, rechnete: 1933 bis 1984. Ein erstes Wiedersehen nach 51 Jahren. 51 war ich noch nicht. „Komm, weiter“, sagte er. Er suchte einen großen Platz, auf dem er unter den Augen des Kinderfräuleins gespielt hatte. Unter Siegfried, dem Rossebändiger, und rechts und links gewaltigen, vollbusigen, grünbemoosten, gepanzerten germanischen Damen. Und tatsächlich - wir fanden das Denkmal, und die Figuren, die seine Kinderphantasie so wild bevölkert hatten.

Immer sicherer auf den Spuren der Erinnerung wollte er nun auch den Spielplatz finden, wohin er mit seinem Holzauto gefahren war. Aber das Gedächtnis gab den Ort nicht mehr heraus. Wir verirrt uns im Gestrüpp der Schrebergärten in der Nähe – vielleicht standen auch längst neue Wohnhäuser auf den so lebhaften Bildern der frühen Erinnerung.

Jahre später, für einen Fernsehfilm, war es möglich, auch in die Wohnung hineinzukommen. Erst jetzt war Peter verwirrt – die Räume waren doch alle sehr viel kleiner als seine Kinderphantasie es ihm all’ die Jahre lang vorgegaukelt hatte. Der Alice-in-Wonderland-Effekt. Auf dem Balkon ging er in die Hocke, um den Blick von damals, als die SA so stramm vorbeimarschiert war, in sich wiederzufinden. Kindheitserinnerungen kann man nicht trauen, zugleich soll man ihnen sehr wohl trauen. Sie schnurren zusammen auf einen bleibenden Kern und dehnen sich von dort wellenartig wieder aus. Sie sind ein quicklebendes Fluidum.

Elisabeth Plessen

Elisabeth Plessen, Schriftstellerin und literarische Übersetzerin, war von 1980 bis zu dessen Tode 2009 die Lebensgefährtin von Peter Zadek.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

7,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stumbling Stones in Berlin. 12 Neighborhood Walks

3. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender
Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender
Marion Goers stellvertr. Vorsitzende
Dr. des. Karoline Georg
Astrid Homann
Dr. Gerd Kühling
Christine Kühnl-Sager
Angelika Meyer
Dr. Ruth Preusse

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH
www.druckgott.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro
Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEV3333

Bildrechtenachweis

- Titel Maja Wypychowska, Berlin
S. 2 Maja Wypychowska, Berlin
S. 3 Maja Wypychowska, Berlin
S. 4 Robert Parzer, Torgau
S. 5 Archiwum Państwowe Gorzów Wielkopolski
S. 7 Robert Parzer, Torgau
S. 8 Privatarchiv Artur Hojan, Kościan
S. 10 Maja Wypychowska, Berlin
S. 13 Marion Neumann, Berlin
S. 16 Annegret Ehmann, Berlin
S. 19 Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, KHMM
S. 20 Frank Kleinmanns, Berlin
S. 21 Frank Kleinmanns, Berlin
S. 23 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Bild FB006399
S. 30 Landesarchiv Berlin, Fotograf: Thomas Platow

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de